

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber: Johann Stanting, verantwortlicher Redakteur: Fritz Paeplow, Redaktion in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Beistieg, bei Auslieferung unter Strengband M. 1.40.

Anzeigen die dringendste Bedeutung oder deren Raum 30 fl. — Postkatalog Nr. 8116.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Dresdnerstraße 16, erste Etage.

Kollegen! Vergezt nicht, für den Streifonds zu sammeln!

Inhalt: 1848—1898, Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands. — Aus dem Reichstage. — Gangauvergleich. — Arbeiterschutz in Westfalen. — Lohnbewegungen und Streiks. — Über den Salinenstreik im Gangauvergleich. — Aus unserer Bewegung. — Oberarbeitsamt. — Briefstellen. — Feuerleben; Verdienstleistungen der Bergbauarbeiter.

Ausgesperrt
sind die Verbündeten in Pyritz i. P. und Umgegend und Mühlhausen i. Th. vollständig.

Im Streik
befinden sich die Kollegen in Eberswalde und Magdeburg a. d. S.

Anzug ist gleichfalls fern zu halten von
Plauen i. Voigtl., Rödinghausen (Krankenhausbau), Stargard i. P., Unternehmer Stiebens (auch vom Bau der Baderfabrik in Greifswald i. P.), Bielefeld, Kr. Detmold (Bauunternehmer Grothe), Groß-Dieckersfelde (Bauunternehmer Deumling), Stassfurt, Apenrade (Eisenbahnhütte am Chausseestug), und von Nordecker.

1848—1898.

Das arbeitende Volk begeht heuer eine ernste Erinnerungsfeier. Fünfzig Jahre sind vergangen seit den denkwürdigen Ereignissen, die als „achtundvierzig“ revolutionäre Bewegung“ in den Blättern der Geschichte eingezeichnet ist. Alle Bewegungen eines „Umsurges“, eine grundliche politische Umgestaltung, waren damals sowohl in Frankreich, als in den deutschen Landen gegeben. In Frankreich brach die Monarchie zusammen, um eine Republik, allerdings nur auf kurze Zeit, Platz zu machen. In Deutschland erreichte das absolute Königreich, von Gottesehnen“ sein Ende; die konstitutionelle Monarchie trat an seine Stelle. Maßgebend für diese Bewegung und ihre Resultate waren die Grundsätze und Interessen des liberalen Bürgertums, das sich übrigens als unsäglich erwies, einen „wahrhaften Staat der bürgerlichen Freiheit“ zu schaffen. Die Massen der Arbeiter in Deutschland waren, soweit sie überhaupt an der Bewegung Anteil nahmen, weit davon entfernt, einer selbstständigen politischen Überzeugung zu folgen; sie machten, der Idee der politischen Freiheit folgend, gemeinsame Sache mit dem Bürgertum. Aber doch regte sich bereits damals sehr merklich der soziale Gedanke; die Arbeiterfrage warf ihre Schatten voraus. Als in Paris nach der Februarrevolution die bewaffneten Massen ihren Anteil an der Frucht des Volksstieges verlangten, als sie „Arbeit und Brod“ forderten, da erließ die provisorische Regierung das „berühmte“ Dekret, in welchem es hieß:

Die provisorische Regierung verpflichtet sich, die Rechte des Arbeiters durch die Arbeit zu verbürgen. Sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu verschaffen. Sie erkennt das Recht des Arbeiters an, sich untereinander zu vereinigen, um den gerechten Lohn ihrer Arbeit zu garantieren. Die provvisorische Regierung gibt den Arbeitern die Mission, die von der Bürglichkeit fällig ist. Die Tüchter sollen fortan zum Wohl für die Invaliden der Arbeit dienen. Die

provisorische Regierung beschließt die unmittelbare Errichtung von Nationalwerkstätten.“

Es war ein großer Betrug, der damit an den Arbeitern verübt wurde, um sie zu beschäftigen. Die Nationalwerkstätten waren weit davon entfernt, eine Arbeiterschule der nationalen Arbeit zu sein. Die bürgerlich-republikanischen Machthaber operierten mit der Phrase „Recht auf Arbeit“, ohne die Möglichkeit und den guten Willen zu haben, ermächtigt die Verwirklichung dieser Parole auch nur zu versuchen, geschweige denn zu vollziehen.

Wichtiger, als das theoretische Augenblicksrecht des „Rechts auf Arbeit“ war für die französischen Arbeiter die Gewährung des Assoziationsrechts, obwohl auch dieses Recht, das die Arbeiter zur Konkurrenz mit dem „Kapital“ befähigen sollte, nicht sonderlich hoch anzuschlagen ist.

Auch in Deutschland fehlte es im Verlauf der revolutionären Bewegung nicht an Kundgebungen einzelner Arbeiterschulen zu Gunsten des „Rechts auf Arbeit“. So stellte eine Berliner Handwerker- und Arbeiterversammlung an die Frankfurter Nationalversammlung den Antrag: „Der Staat solle jedem, der arbeiten wolle, eine seinen Kräften angemessene Arbeit und menschliche Bedingungen genügenden Lohn verburghen.“ Der Antrag hatte nicht den gewünschten Erfolg, konnte ihn auch garnicht haben, weil eine auf die privatkapitalistische Wirtschaft begründete Gesellschaft einen Anspruch auf angemessene Arbeit und angemessenen Lohn, gesetzlich bestreikt, garnicht zu gewähren vermugt.

Sonst war in der ganzen Bewegung von selbstständiger Initiative der Arbeiter zu Gunsten wirtschaftlicher und sozialpolitischer Reformen kaum die Rede. Sowohl die Arbeiter überhaupt zu politischem Denken gelangt waren, erhofften sie ihr Heil von der politischen Freiheit. Nicht einmal die für sie so lehrwerte Frage der Kooperationsfreiheit spielt in ihren Erwägungen eine Rolle. Die kapitalistische Großproduktion hatte das erste Stadium ihrer Entwicklung noch nicht überwunden; in Handwerkerkreisen war, obwohl die jüngste bedeutungslos geworden waren, noch ein korrumptierter jüngerlicher Geist vorherrschend. Nebenbei fehlte es allerdings auch nicht an Versuchen, die auf Befreiung der letzten Reste des Zunftwesens und auf Erringung der Gewerbebefreiheit gerichtet waren. Ihnen gegeneinander die Bemühungen, die jüngste zu reorganisieren.

Jedenfalls lässt sich sagen, daß die deutsche Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich noch zu rückständig war, um für ihre Interessen mit Nachdruck und Erfolg in die Bewegung einzutreten zu können. Darüber sind fünfzig Jahre vergangen. zunächst blieb der Arbeiter bei politisch unterdrückte und entrichtete Staatsbürgern. Das Wahlrecht wurde ihm nicht gewährt, ebenso wenig dachten die Herrschenden an die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen. Bis zu Beginn der sechziger Jahre waren nur sporadische Anlässe zu einer Arbeiterbewegung zu entdecken. Die Bourgeoisie betrachtete es als selbstverständich, daß die Arbeiter sich zu ihren politischen Grundlagen bekannt.

Da trat Lassalle in die Schranken, mit gewaltigem Wort das Volk der Arbeit aufzutreiben. Ihm haben wir es zu danken, daß eine selbstständige Arbeiterbewegung, eine Arbeiterpartei mit eigenen Gründlagen und Zielen entstand. Wie sehr diese Bewegung auch bekämpft wurde von den Regierungen und herrschenden Klassen, sie rang sich durch. Heute steht die

sozialdemokratische Partei da als die stärkste in Deutschland. Seit etwa dreißig Jahren kämpfen Arbeiterorganisationen und -koalitionen gegen die Macht des Kapitalismus für die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft. Freilich, die wirtschaftlichen Verhältnisse sind seit dem Jahre 1848 weitestgehend anders geworden; der Kapitalismus hat sich riesig entwickelt und damit waren auch die Bedingungen gegeben für die politische Emanzipation des Proletariats. In Wahlkämpfen und zahllosen Arbeitseinkünften haben die Arbeiter ihre Kraft versucht, Erfolge zu auch Schläppen, so haben sie doch auch Erfolge aufzuweisen, Erfolge von größter Bedeutung. Die Sozialdemokratie hat Regierungen und herrschende Klassen zur Anerkennung der sozialen Frage und der Notwendigkeit sozialer Reformen gezwungen. Freilich ist die praktische Bewahrung dieser Anerkennung bis jetzt nicht nennenswert. Man hat in „maßgebenden Kreisen“ gelaugt, mit der Arbeiterversicherungsgesetzgebung die Arbeiter zufrieden stellen zu können. Da hat man sich gründlich getäuscht. Je mehr die Arbeiter zum Klassenbewußtsein gelangen, je entschiedener dringen sie auf gründliche politische, wirtschaftliche und soziale Umgestaltung. Längst ist die klassenbewußte Arbeiterschaft eine Macht, mit der die herrschenden Mächte regieren müssen. Sie kann das in der Weise, daß sie sich bemüht, die freie Bewegung der Arbeiter zu hindern, das Wahlrecht zum Reichstag, das Vereins- und Versammlungsrecht, das Koalitionsrecht den Arbeitern zu rauben. Die „Staatsverhältnisse“ versuchen dieses Vermögen mit der Bekämpfung zu rechtfertigen, daß die Sozialdemokratie den „gewaltigen Umsturz“ des bestehenden herbeiführen wolle. Thorheit oder berechnende Lüge! Die Sozialdemokratie, die organisierte Arbeiterschaft will im Gegenteil das Eingreifen der rohen Gewalt in die Entwicklung der Dinge vermieden wissen; sie will durch geistigen Kampf ihre Ziele erreichen und nicht etwa darauf hinwirken, daß die Klasse tödlich und der Staat hant. Aber gerade diese Tendenz fürchten die Gegner der Volksfrage am meisten und deshalb möglicherweise viele von ihnen eine blutige Katastrophe herbeiführen. Die Arbeiter jedoch lassen sich dazu nicht provozieren; sie machen keine Pattsche; sie harren aus mit den Waffen des Geistes, überzeugt, daß im Bunde mit der Macht des Thronen ihre gerechte Sache siegen wird. Wie schwer die unterdrückende Gewalt sich auch an ihnen verhindern möge, sie lassen sich nicht verleiten dazu, Vorwand zu liefern, daß die große soziale Bewegung im Blute des Proletariats erstickt wird.

Das ist der echte, der wahre revolutionäre Standpunkt, der den Sieg der Volksrechte verbürgt, wenn an ihm streng festgehalten wird.

Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands.
a) Mißstände auf Bauteilen.

(Schluß)

Im Nachstehenden wollen wir uns die Mißstände bezüglich der Bauteile, Morte und des Nichtaushangens des Unfallverhütungsvorschriften in einigen Orten der Provinz Hannover und den von ihr eingehörenden Landeshäfen Oldenburg und Bremen, wie auch in Schleswig-Holstein, Lübeck und Melle/Münster betrachten.

In Goslar, der alten Kaiserstadt, wurden 9 Bauten kontrolliert, auf 7 hingen Unfallverhütungsvorschriften nicht

Abrechnung des

Zentral-Verbandes der Stoffkäteure, Gipser und verwandten Berufsgenossen Deutschlands
(S: Köl n. 26)

für das 4. Quartal des 5. Geschäftsjahrs (1897).

Girokonto für die Hauptkasse an Einschreibegeld, Mitgliedsbeiträgen und Quartalssteuern.

Titale	M. 183,99
Hamburg	95,12
Wiesbaden	25,69
Chemnitz	30,20
Leipzig	102,51
Düsseldorf	29,04
Augsburg	48,02
Hannover	27,81
Karlsruhe	36,54
Stuttgart	26,52
Würzburg	15,90
Gera (Neu g. V.)	94,92
Bremen	96,75
Berlin	203,66
Magdeburg	355,60
Stettin	53,43
Wiesbaden	126,88
Erfurt	8,65
Überseefeld (4. Quartal)	97,88
Wittenberg	26,80
Überseefeld (3. Quartal)	66,47
München	157,95
Würzburg (3. Quartal)	11,47
Stettin	26,01
eingeschriebenes Mitglied in Duisburg	8,40
eingeschriebenes Mitglied in Saarbrücken	2,70
Karlsruhe für den Streit in Überseefeld überwiesen	2,70
Mannheim	12,16
Nürnberg	17,90
	8,25
	Summa... M. 2002,85

Ausgabe

in den Filialen für Rechnung der Hauptkasse.	
Reiseunterhaltung	M. 68,20
Agitation	19,90
Rechtschaltung	1,80
Porto und Schreibmaterial	2,10
	M. 87,-

Ausgabe der Hauptkasse.

Für das Fachorgan „Der Grundstein“.	M. 576,98
Abgabe an die Generalkommission für 1898	
1800 Mitglieder pro 3. Quartal 1897.	45,-
Streitunterhaltung für die Londoner Maßschiffbau-	
schiffbau	200,-
2500 Einschreibematerial	6,-
Stempel und Aufschriften für 3 Filialen	11,50
Porto und Schreibmaterial	22,93
	Summa... M. 862,41

Zinsen

Einnahme im 4. Quartal 1897	M. 2009,85
Zinsabgabe	4,1897
	949,41
Überschuss vom 4. Quartal 1897	M. 1058,44
Girovermögen lt. Abt. b. 3. Quartal 1897	3954,24
Gesamtnutzen	M. 4987,68
Girokonto per Bank belegt	3821,-
	Summa... M. 1666,68

St. 27. Februar 1898.

Peter Trimborn, Bochumerstr. 7.

Für die Richtigkeit dieser Abrechnung treten ein:

Die Revisoren:

Geh. Statthal. Anton Höhrs.

NR. Folgende Städte haben das 4. Quartal nicht abgerechnet: Eisen, Bochum, Dortmund, Frankfurt a. M., Neustadt a. H., Kaiserslautern, Heilbronn, Breslau, Wiedenbrück müssen wir aufgeben, da es seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Manne ist eingegangen. Lippe-Detmold ist für den Winter bereit. Neue Filialen in Hagen i. W. und Kassel. — Die Filialen-Vorstände mache auf § 4 und § 27 Abs. 2, betr. Quartalssteuer, aufmerksam.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verw. Berufsgenossen. Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Die Verbandsbeiträge

sind in diesem Jahre nicht wie bisher in den Monaten April bis ins Dezember, sondern in den Monaten März bis ins November zu zahlen. (Siehe § 4 des Statuts.) Die Beitragszahlung beginnt also bereits am 1. März, worauf wir die Verwaltungsbürokratien ganz besonders aufmerksam machen.

Sammelungen zum Streikfonds.

So weit wir übersiehen, haben viele Rohstoffstellen zu den Streikfondssammelungen für dieses Jahr noch nicht Stellung genommen. Im Hinweise auf den Aufruf des Vorstandes und Ausschusses in Nr. 3 dieser Zeitung erfreuen wir, das Verfaultheit nachzuholen. Die diesbezüglichen Beiträge sind der Rebeditor des „Grundstein“ mitzuhelfen. Sammelmaterial können die Rohstoffstellen zu jeder Zeit haben, wie derselben solches aber nur auf vorhergehende Bestellung.

Vom Vorstand bestätigt sind alle bis jetzt für das Jahr 1898 neu gewählten und dem Vorstand angemeldeten örtlichen Verwaltungsbeamten.

Die Neuwahlen

der örtlichen Verwaltungsbeamten sind anscheinend in mehreren Zahlstellen noch nicht erfolgt. Das neue Zahlstellen- und Abrechnungsverzeichniß muss in den nächsten Tagen in Druck gegeben werden, damit es am Schlüsse dieses Monats mit den Abrechnungsformularien verhandelt werden kann, deshalb müssen die Neuwahlen, soweit es noch nicht geschehen, umgehend erfolgen und mit den Namen und Adressen der neu gewählten mitgetheilt werden.

Ausgeschlossen

auf Grund § 15 a resp. b des Statuts sind von der Zahlstelle Magdeburg: H. Krause (Buch-Nr. 51683); von der Zahlstelle Bremen: Nikolaus Schmidt (Buch-Nr. 96199); seit der Zahlstelle Nordwerne: C. Dreier (Buch-Nr. 16050) und F. Eggers (Buch-Nr. 22559).

Als verloren gemeldet

find die Mitgliedsbücher der Kollegen Gottlieb Mummler (Buch-Nr. 64126), Will. Baumer (Buch-Nr. 65172), in der Zahlstelle Goslar Buch-Nr. 90629, dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Der Vorstand

J. L.: Th. Bömelburg, Vorstander.

In der Zeit vom 22. Februar bis 1. März sind folgende Petitionen bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Bremen M. 4,78, Osterholz-Schnackenb. 30, Güterw. 30, Seydl. 6, Halle 10,47, Brandenburg 88, Marienwerde 18, Burg 9,90, Alsfeld 100, Alzey bei Mainz 15. Summa M. 306,10.

Streifond s.

Stettin, Bredow und Pommersdorf M. 500, Erfurt 100, Wiesbaden 31, Brandenburg 60, Wetz. 75, Summa M. 681,75.

Hamburg, den 1. März 1898.

J. Köster,

Hamburg-St. Georg, Neum. Bremervstr. 16, 1. Et.

Bekanntmachung des Generalbevollmächtigten der Maurer Deutschlands.

Die Agitationskommissionen in Minden, Freiburg i. Br., Mannheim, Ludwigshafen, Kassel, Magdeburg, Halberstadt, Dortmund, Hannover, Bremen, Alz. Westf., Danzig, Görlitz, Breslau, Berlin, Dresden, Leipzig, Bautzen werden erachtet, umgehend die Namen und Adressen der Kommissionsmitglieder zum Zweck der Unterstellung eines neuen Abrechnungsformulars mitzuteilen. Die Mithilfe eines neuen Abrechnungsformulars ist erforderlich. Die Agitation kommission Stettin. Der Vorstandere der Kommission R. Martis wohnt jetzt Turnerstr. 81 d, S. I.

Th. Bömelburg.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 15. Februar verstarb unser Verbandskollege

Ernst Zürnek

im Alter von 40 Jahren. Einiges Ehrenlebens wegen mußte er sich in einer Beschlauer Alters an einer gefährlichen Operation unterziehen, wenige Tage später erlebte ihn der Tod von seinem Leid. Der Verstorbene war ein tüchtiger Parteizeuge.

Chre seinem Andenken!

[M. 4,50] Die örtliche Verwaltung der Zahlstelle Bries.

Nachruf.

Am 14. Februar verstarb nach kurzem Leiden unser Verbandskollege

Wilhelm Traxdorf

im 22. Lebensjahr. Chre seinem Andenken!

Der Centralverband der Stoffkäteure.

Zahlstelle Halle a. S.

Nachruf.

Am 21. b. M. fand seinen frühen Tod das Mitglied

Heinrich Guder

im Alter von 26 Jahren. [M. 8,80]

Sei es sei ihm die Erde!

Die örtliche Verwaltung der Zahlstelle Breslau.

Schmargendorf.

Die Zahlstelle feiert am Sonnabend, den 19. März, ihr

Erstes Stiftungsfest

und heißt alle Kollegen willkommen. [M. 2,40]

Die örtliche Verwaltung.

Die Kollegen Franz Kruse, Buch-Nr. 24658, und K. Pömler, beide im befreiften Jahre hier in Arbeit gewesen, werden hiermit aufgefordert, ihre Adressen anzugeben. [M. 1,50]

J. Bacharde,

Wilhelmsbahn-Nebenbahn, Mittelstr. 14.

Zahlstelle Stettin.

Die Wohnung unseres ersten Bevollmächtigten Richard Marx befindet sich vom 1. März an Turnerstr. 31 d, S. I. Et., und sind sämtliche Sendungen dorthin zu adressieren. [M. 1,80]

Die örtliche Verwaltung.

Meuselwitz.

Mache hiermit bekannt, daß sich unser Verbandskollegiat nicht mehr im Restaurant „Glück auf“, sondern in Restaurant

Zum Eisenhammer“

befindet. Unsere Versammlungen finden von jetzt ab alle Sonntage nach dem 1. und 16. statt. [M. 2,70]

Der Vertrauensmann.

Der Fremdenverkehr und Arbeitsnachweis der organisierten Gewerkschaften in Gera

„Zur Kühlenden Quelle“, Bärentorgasse 6.

Wichtig für die bevorstehenden Reichstagssitzungen! Im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist jedoch erschienen:

Nicht stehendes Heer *

sondern

* * * Volkswehr!

Von August Bebel.

Villige Agitationsschrift! Preis 30 Pf.

Arbeitsmarkt

Bei Sander, Gelsenkirchen, vorläufig alle Stellen besetzt. (Aus „Der deutsche Arbeitsmarkt“)

10 Stoffstellen für innere und Auslandssachen. Nur erste Stoffe wollen sich melden. Detmolder Stofffabrik, Kl. b.

600 auf Drahtstift für eine vorhängende Saaldecke. W 5 kippt über in Alsfeld vergeben werden. Angebote sind erbeten an die Detmolder Stofffabrik, Kl. b. Bauermann, Detmold.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, 5. März; Quedlinburg. W 10 uhr. Das Eröffnen sämtlicher Kollegen ist unbedingt notwendig.

Sonnabend, 6. März:

Ellrich, gleicher Tag wie zuvor. Weimar, Grabenstraße. Die Mitglieder haben sich nicht versammeln dürfen.

Hersbrück, gleicher Tag wie zuvor. Grabenstraße. Die Mitglieder haben sich nicht versammeln dürfen.

Hörde, gleichsam. Sächsisches Erzgebirge erwähnt. W 10. Die Sonnabtmittag, der Hof. Döbelntag 9 uhr in der Altenau. W 10. Die Sonnabtmittag, der Hof. Döbelntag 9 uhr und 10 uhr. W 10. Die Sonnabtmittag, der Hof. Döbelntag 9 uhr.

Schnelsel, gleicher Tag wie zuvor. Weimar, in Bruegel. Tagordnung wird gegeben. Alle müssen erscheinen. Stendal, gleichzeitig 4 Uhr im „Goldenen Stern“. Alle Mitglieder haben sich nicht versammeln dürfen.

Werde, 1. H. W. W. Dietz Nachf. 4 Uhr. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Wieder ist umständlich und zärtlich Eröffnung wird gebeten.

Dienstag, 8. März:

Gera, außerordentliche Mitgliederversammlung. Das Eröffnen sämtlicher Spandau, Gleisfelder ist delikat, Wiedenfelde, 6. Es wird gebeten, sehr spätestens 10 uhr zu erscheinen.

Sonnabend, 12. März:

Zerbst, Sachsen. Eröffnen ist bringend empfohlen.

Sonnabend, 13. März:

Ahrensburg. Jedes Mitglied hat die Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Verbandsversammlungen der Gipser.

Sonnabend, 6. März:

Bischleben. Bei Herrn Schatz, Salzwedelstr. 1. Zum Pfingst. Das Ge

schäftliches Eröffnen ist sehr erwünscht.

Deutschenische Versammlungen.

Sonnabend, 6. März:

Wolmirstedt. W 10 uhr im Gastr. der „Auer“. Alle Arbeiter, besonders die Handarbeiter, sind Herzlich freundlich eingeladen.

Sonnabend, 13. März:

Lehna, Herrn Dr. in Lehna.

Sonnabend, 13. März:

Lehna, W. 10 uhr. Öffentliche Maurerversammlung im Hotel des

Dr. Homburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Kaum 300 dem Verbände an. Das ist es, was uns die schlechtesten Verhältnisse schafft. Die Bezeichnung reicht uns Solligen! Wer etwas will für sich, vor seine Lage erkennen hat, der muss Mitglied der Organisation werden, der mich nicht dazu bringt, das auch für den Arbeitgeber zu tun, der mich nicht räume befreien werden. Verbandsangehöriger! Wie denkt Ihr die Lage zu verbreiten? Von den 300 Mitgliedern sind nur immer 20-30 Männer in unseren Verhandlungen an Tische gesetzt, und zwar sind es immer die gleichen. Die Gleichen wieder im gleichen Platz in's Unendliche. Wir sehen es an keiner Bezeichnung. Nur diesen Wege können wir zu keiner Vereinigung gelangen. Was sollen die unorganisierten Solligen dann tun, wenn sie die organisierten nicht Ihre Brüder sind? Nur dann werden wir Fortschritte zu verzeichnen haben, wenn wir sagen, da der Organisation angehört, in diesem Sinne mit bestmöglichem Erfolg für die gute Sache einzutreten werden. In den Verhandlungen müßt Ihr Euch für den Kampf und dann mit fröhlichem Mund auf den Blättern für unsere gute Sache neue Wege erden. Denn gutglücklich geben die Meister nichts ab, das nicht ihre Profitsucht nicht zu. Alle Solligen, seht uns mutig kämpfen, damit wir etwas erringen; es gilt nicht bloß die Verbündeten, z. B. plötzlich zu entlocken und am Verbände fest zu halten, sondern es gilt auch vornehmlich, zu agitieren, und dann gewiß die regelmäßige und blütende Besamungsschule. Vor Geburt zu Jahr wird der Kampf schwieriger, wenn nicht die Reihen der organisierten Solligen rechtzeitig gefüllt werden. Damit ich felges Durchsetzen, kein Bogen und Flagen. Jänner zweitens geschlossen, wenn auch gelitten; nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht. Jänner führt voran, so geht man sich als Mann.

Um 13. Februar hielt die Bahnhofsstelle Mörfelden ihre Mitgliederberatung ab; es waren beobachtbare Weit nur 11 Mitglieder anwesend. Und daher fragt auch der Schriftsteller in seinem Bericht mit Recht: Was ist mit solchen Leuten zu machen? Weiter hält der Kollege es am Platze, vor einer Sohnbewegung in Frankfurt zu warnen, weil anfangs wohl in jeder Verfilmung die Kollegen doch filmen, hinterher sich aber um nichts kümmern. Die wollen noch nicht mal ihre regelmäßigeren Wochenbeiträge beenden, doch Strohoffs wollen nichts. Maurice hat gar nichts wissen. Warum? Weil sie sich um nichts kümmern, ja glauben, es kommt alles von selbst. Das Aufsehen, von den 100 Exemplaren des Grünblattes, die nach Aufsehens kommen, wird noch nicht $\frac{1}{2}$ gelehen. Bei solchen Kollegien ist jede Agitation unfein. Damit därfte wir uns keiner mehr wohl nicht aufreden geben. Es wird Sache der politischen Verwaltung und der Agitationskommunisten in Frankfurt zu sein, die insbesondere Kollegen durch gezielte Maßnahmen zu

Aus der Jahresth. Heldenbergs, die am 18. Februar 1848 veranstaltet abhielt, wird auch diese gezeigt über die schlechte Beteiligung. Hier war der Masenbach schuld daran, aber die Freiheitsschule nicht das ganze Jahr regiert, sondern eigentlich die Heldenberger Kollegen in Zukunft auch ebenso wie die Besammlungen beschränkt wie die Masenbach. In der Versammlung wurde das Streitgelehrten erledigt und der Vorsitz der Konferenz in Mainz entsprochen genommen. Die Heldenberger berührten sich aus der Volksschule vor Mitgliedern und lautet 5. ob die Kolonialversammlung in Frankfurt abzuhalten, um wurde noch das Schweizerische Land auf weiter ein Jahr als erster und Vereinstag bestimmt und weiter wurde beschlossen, Mitglieder, die mit Todt abgehen, einen Platz mit

In Göbenfau tagte im Gaffhaus „Zur Krone“ am 2. Februar eine öffentliche Mauereröffnung, die zur Gründung einer Bahlstelle führte. Das einleitende Referat hatte alle Franken h a c h Frankfurt übernommen. Weidner sprach über die Notwendigkeit der Organisation, über die Erstellung eines Minmallohnes und einer Maximallarbeitszeit für die Schlosserfertigung der Affordzwer. Weidner verneinte seine Ausführungen lebhaften Beifall. Die in Göbenfau arbeitenden Kollegen arbeiteten meistens in Eisenburg, welches ebenfalls Stunden entfernt liegt, so daß die Kollegen, die gezeigt mit gerechnet, eine tägliche Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden haben. Inser Kollegen, die bisher den Hessen Frankfurt und Offenbach angehörten, traten 15 Männer der neu gegründeten Bahlstelle hinzu. Als Bevollmächtigter Georg Müller XI. und als Kassier Wilh. Storck dast.

Die Bahnhofstelle Wiesbaden hielt am 20. Februar ihre Mitgliederversammlung ab. Kollege Schmidts eröffnete zünftig mit Bericht über die Frankfurter Konferenz. Hierauf wurde zur Abstimmung über die dringend erforderliche Wiederherstellung des Streitregulatius, geschritten, wofür zahlreiche anwesende Kollegen stimmten. Ferner wurde beschlossen, vom 1. März an wöchentlich 10,- pro Mitglied zum Kassenfond zu zahlen. Darauf wurde die dritte Beratungssitzung vorbereitet. Ferner wurden vier Kollegen mit dem Geschenk der Freundschaft für die Wohnungungen der Mitglieder und mit dem Aus-

des „Grußwort“ gegen jährliche Vergütung beansprucht. In der am 18. Februar stattgefundenen Mitgliedserversammlung in der Büchstille Stelle berichtete Kollege Wong über die wichtige Tätigkeit der Lohnkommission und forderte bei der jetzt beginnenden regen Wahlfähigkeit fristiger für gesetzliche Forderungen unter den Kollegen zu agitieren, damit es ein Mindestlohn von 45,- für alle festgestellt wird. Er wurde noch befohlen, den Kollegen an der Versammlung aufzuschaffen, der hier üblichen Nebenkundmachungen energisch entgegenzuwirken. Betriebs der Organisation der Kollegen in den Orten wurde beschlossen, Schritte zu veranlassen, um soll diese Regelung dieser Angelegenheit allgemeinlich zu verbreiten und zu stabilisieren. Weiter wurde noch befohlen, über Maßnahmen zur Mitgliedsverksammlungen hinaus zu lassen. Die Meinungsfeststellungen wurde von der Versammlung einstimmig eingesiegt. Dab aus dem Verband der Christlichen Bauhandwerker jetzt, nach der stattgefundenen Versammlung, wo immer es hingeleuchtet wurde, keinen Abbruch thut, beweist die Sache, das wir seit dem 1. Januar wieder zehn neue Männer aufgenommen haben.

Am 12. Februar fand in Herne die regelmäßige Miltärerhebung statt. Die Lautstärkebegrenzung wurde auf und dem Kaiserreich erlaubt. Es wurden hierfür M. 5 auf der Poststelle benötigt. Abholen wurde eine jede Mälzige pro Monat 15 kg zu zahlen, hat für die Zeitung des "Grauenhauses". Weiter wurde noch obligiert die Erlegung des Streitreglements, welches eiger eine ungenutzte wurde. Um Streitfelds' heilfach die Anwendung, dass es einem jeden folgen überlassen bleibt, er zahlt: Quittungsstücke wurden ausgestellt.

Am 15. Februar fand in Hannover die erste diesjährige öffentliche Mauereröffnung statt, in welcher Professor Pauli einen sehr interessanten Vortrag über „Das neue Handwerksgesetz“ hielt. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zu unserem Streikfonds“ wurde beschlossen, daß auch in diesem Jahre wieder der Beitrag für verhältnißlose Kollegen 25,- und für solche 50,- v. Brutto betragen soll. Mit den Entschlüssen soll am 1. März begonnen werden. Zu Punkt 3: „Mördeln wir in diesem Jahre in eine Lohnbewegung eintreten?“ wurde von sämtlichen Arbeitern befürchtet, daß augenblicklich noch kein bestimmter Beschuß gefasst werden könnte, da man erst abwarten müsse, wie in diesem Sommer die Beschäftigtheit am Ort sei; sehr befürchtete, denn augenblicklich ist die Zahl der arbeitslosen Kollegen eine ziemlich große. Die Lohnkontrollen wurden beantragt, die Einzelgesellschaften genau zu verfolgen. Da über die in einer freilichen Beratung vorgenommene Delegationswahl zum Gewerbeausschiff Wohlungsverschiedenheiten entstanden waren, wurde die Wahl aufgestellt und eine Neuwohlung vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen H. Kupper als Delegierter und T. A. B. als Fraktionsmann. Die Frage, ob es nicht zweckmäßig ist, in nächster Zeit eine Sitzung über die Baupolitik und über die Lohn- und Preissteuerungssysteme am Ort aufzunehmen, wurde sehr ausführlich besprochen.

Die Befreiungskriege und die Revolutionen haben die gesamte Bevölkerung aufgeweckt. Die Befreiungskriege und die Revolutionen haben die gesamte Bevölkerung aufgeweckt. Die Befreiungskriege und die Revolutionen haben die gesamte Bevölkerung aufgeweckt.

... z. B. liege die regelmäßige Mitgliederabfammlung der Bahnhofsstelle Oldenburg. Nachdem zuerst einige Bahnen erlebt waren, beschloß die Versammlung, von der Einführung eines obligatorischen Beitrages zum Streifondsbetrag zu nehmen. Der Vertrieb der Streifondsmarke soll daher wie im vorjährigen Jahre fortgesetzt und damit

leiter wie in den vorigen Jahren vorgenommen und damit am März begonnen werden. Der Generalvertrieb ist auf alle gelegene und kleinen Märkte jederzeit bei demselben erreichbar. In „Verbindungs“ freigelegt wird es, wie es füreß von Österreich niemals eine Menge in den Verkaufsumfang eingeschlossen habe. Kleine Betriebsstätten sind dahin, daß es an der ersten Einrichtung des Verkaufsumfangsgebiets im „Grundstein“ liegt. In der Diskussion wurde von den meisten Abgeordneten eine Fortsetzung befürwortet. Hierauf wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Verkündigung der Befreiung Österreichs protestiert ganz entschieden gegen die leidenschaftliche Verbindung des Verkaufsumfangsgebiets im „Grundstein“, die selbe für kleinere Betriebshäuser sehr kostspieligst wegen nicht kalkulatorisch wirksam ist, was jedoch freilich über die Befreiungsgrenze hinaus geht. Kollege Künne hat einen Bericht über die Arbeits- und Betriebsverhältnisse der Unternehmer Wäger & Freytag, Österreich, auf Glasplatte dargestellt. Kollege Freyland vertheidigte standhaft, indem er bekannt giebt, daß dort fast Tag und Nacht gefertigt würde, und zwar nur für den europäischen Stuhlbaumarkt.“

erachtet wurde, und zwar nur mit den gewöhnlichen Stundentags, aber noch drei Wochentage am Orte arbeitslos sind, ja es darf, das die Fachstelle diese Angleichung regelt. Da nur Verbandskollegen und vielleicht auch Abgeordnete der betreffenden Unternehmungen arbeiten, sei es nötig, eine Kommission einzurichten, welche erst mit den dort arbeitenden Kollegen Blätter zusammensetzen und dann mit den Unternehmungen unterhandeln darf. Diesen wurde zugeschaut und eine geschlechtere Kommission abfuhr. Zum Schluss berichtete Schäfft noch über die von dem Tag bestimmten Kommission angestellte Untersuchung in ihrem kleinen Kreise bereits verloren gegangener Stadtmärkte, welche meint, es könne nur ein Beispiel kleinen Dorfes vorliegen, nun nach Hamburg Bericht resp. Anfrage von hier aus gestellt, wenn der Befehl von dort eingetroffen ist. Mit einem leichten Appell, wodurch er sich äußerte, dass unsere nächste Versammlung, am Dienstag, den 8. März d. J., besser befreit, folgestatt der erste Vorstande die Versammlung.

Die Fachstelle Bremenburg i. S. hielt am 20. Februar

regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem der Bericht über die Anträge zum Streitkonsens gesprochen, wurde dieselben einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, mit der Sammlung zum Streitkonsens am 1. März zu

nen und soll jedes Mitglied 10,- Δ pro Woche zahlen, ebenso ein guter Erntearbeitstag von 30,- Δ pro Monat erheben, zur Deckung des durch unsere Kriegsführung entstandenen Verlustes. Kollege Peter wird als Schriftführer gewählt. Am 20. Februar hielt die Zahlstelle Witten ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es wurde die Verantwortung und die vom Vorstande und Ausschuss beigebrachte Auslegung des Streitreglements einstimmig angenommen. Darauf wurde, dass jedes Mitglied für die Kolportage des "Blaublatt" 15,- Δ vierfachjährlich zu zahlen hat. Die Mitglieder werden noch erachtet, die Versammlungen zahlreich und sich zu befreuen.

Am 17. Februar tagte in Harburg die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zahlstelle. Über die Ergänzung zum Streitreglement entnahm sich eine lebhafte Debatte, wobei sich mehrere Stellen beteiligten. Kollege Peter hielt das Hauptreferat, das von den vergangenen Sommer Ferien guten Eindrücken genossen haben, mit diesen Streits verbanden. Es wurden nur wenige Änderungen vorgenommen.

verschiedene Fälle an. Als Lothkommissions-Mitglied hier in Hamburg hatte er häufig Erfahrungen gemacht; er sollte den Maurer gelesen haben, daß sie bei kleinen Arbeitern auf Tüpfeln oder beim Bügeln das Material selbst herzten zu lassen hätten. Samtliche Vorwürfe der Bauteileherren wies Meier als nicht zutreffend zurück. Das die Maurer bei kleinen Fällen oft den Maurerbetrieb gegenüber geltend machen, sie für falsch verhöhnen haben, daß wie in diesen Fällen etwas getan werden müßten, sei klar. Er sei daher auch mit die Ergänzung des Reglementes. Die Abstimmung per Stimmenzettel ergab, daß sämtliche 61 anwesende Mitglieder dafür waren. Um Punkt „Verleihenes“ hob der erste Bevollmächtigte hervor, daß zu der heutigen Besammlung mehrere Kollegen eingeladen seien, um welche Art bei den Wirklichkeiten amfahrt, die hier Säle nicht zu Arbeiterversammlungen hergerichtet wären. Es kommt zu einer längeren Ausprache, in der die Verteidiger sich aufzulegen und Befreiung versprechen. Dann werden einige Fälle besprochen, in denen Kollegen den befehlenden Taufi verlegt, ihre Pflichten gegen den Verband nicht erfüllt oder am Sonntag gearbeitet haben sollen. Nach Erledigung dieser Angelegenheit trat Schink ein.

In der in Hamburg am 17. Februar stattgehabten Mitgliederversammlung sprach Kollege Rehder über die Schafftigkeit des Gewerbegerichts, über das Gericht im Allgemeinen und über die bevorstehenden Neuwohnungen. Rehder stützte aus, daß im Jahre 1897 in 290 Verhandlungsstagen 4040 Sachen erledigt wurden. Das sei für das Gericht zu viel Arbeit, so daß es empfohlen sei, das Gericht zu viel Arbeit, so daß es empfohlen sei, ausßärfweise eine zweite Kammer einzurichten. Soebann gab Rehder einige Blätter, wie man Sagen einzureihen hätte, wie man sich bei Erfüllungsdienst oder Schadensabreiß-klagen verhalten habe und wie man zu dem vom Gericht aufgestrohenen Gelde am leichtesten kommen könnte. Rehder die Schafftigkeit des Gewerbegerichts im Allgemeinen sprach Rehder seine Meinung aus, daß man keine Urtreie habe, fügt aber dafelbe hinzugefügt, wenn alle unter den Gerichten auf derselben Sätzen Urteile, wie sie besonders gegen die freiliegenden arbeitsbedürftigen ausgesprochen würden, nicht gefällt werden könnten, wo Arbeiter berufen würden, müßten auch Arbeiter mit Gericht agieren. Diese waren in einer Linie im Stande, zu urtheilen, welche Gründe den Angeklagten dazu veranlaßt hätten, mit dem Gesetz in Konflikt zu gerathen. Zu den bevorstehenden Neuwohnungen sprach Rehder auf die gelesenen Besprechungen aufmerksam, die für die Weißgerber maßgebend sind. Er spricht den Wunsch aus, daß sich nur solche Kollegen als unbefähig aufstellen möglichen, die Lust und Liebe zu der Sache hätten. Ausgeführt wurden die S. und B. im e.r.

Die Baustelle Herbolzheim hielt am 20. Februar ihre Mitgliederbesammlung ab. Das Streitverfahren wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurde das Rundschreiben vom Handelskammerdirektor bes. des Strafbunds von Vorwürfsschuldigkeitlosen. Ein Antrag, daß jedes Mitglied vom 1. März ab in Abzug 4. auf "Treueleid" verurtheilt werde, wurde abgelehnt.

Die Zahlstelle Gotha hielt am 17. v. M. eine Versammlung ab, welche sich mit der Wahl der örtlichen Verwaltung und mit der Überflundnerarbeit beschäftigte. Im Punkt 1 der

gesordnung wurde die bisherige Verwaltung wieder genährt und aufgebaut. Schließlich der Vorsteher die Nebenarbeiten in städtischer Weise. Er führte an, daß von einem Kollegen 2 Stunden pro Woche gearbeitet werden ist. Da er jetzt eben gegen die eigenen Interessen gehandelt und sei es deshalb wahrhaftig, wenn städtische Kollegen von 1. März weiter Nebenarbeiten wieder machen. Sodann wird eine Abrechnung von zehn Waren gewünscht. Hierauf rügte der Vorsteher das manchmalige Gerüfflung und die Kontrolle der Bauarbeiten. Er wies nach, daß das Ergebnis der Bauarbeit durch herbeigeführt würde, daß das Gerüst den Vorrichtungen entspreche, oftmals die Schüttbahnen fehlten und die Wallen nicht abgedeckt würden. Die Baupolizei müßte ihr Auge besser auf das Gerüst richten, als es sonst üblich war. Am Rüffern von Mitteln zum Streitfonds hat man bis jetzt noch nicht bestraft.

In einer am 16. Februar stattgehabten Wölfelebner
Sitzung der Bürgschaft Wölfelebnet wurde betriebs-
haft genehmigt, von Geberin zum Stroßfelds befreit zu
werden, von den Unterberichtshabern, von den
Berichtsfeststellern pro Woche zu erheben, solglichen, so $\frac{1}{8}$ als
Berichtsfeststellung pro Woche zu erheben, von den
Bürgen nicht angehören, können nach Wölfeleben zu dem Stroßfeld
nicht eingehen, können nach Wölfeleben zu dem Ber-
ichtsfeststeller nicht eingehen. Die Frage betreffs Beitragsverzinsung wurde einer
durchgehenden Debatte unterworfen und wurde ausdrück-
lich, daß die Beiträge in ihrer heutigen Höhe zu belassen. Als
darauf wurde angeführt, daß bei einer Erhöhung der Beiträge
immer schwieriger werde, neue Verbandsmitglieder zu
gewinnen, auch sei der Zahn in kleinen Städten und Dörfern ein
niedriger, doch man jetzt schon Mühe habe, die Beiträge
nimen zu tragen.
Die Bürgschaft Wölfelein i. Mieding, hielt am 20. Februar
eine ähnliche Wölfelebner Sitzung.

regelmäßige Mitgliedsversammlung ab, welche im Frühjahr auf den früheren Fleischmarkt befand war. Deswegen führt die Verbindung veranlaßt, an dieser Stelle den Kommandanten zu legen, wie bringend notwendig es ist, daß sämtliche gen in jeder Verhandlung erscheinen. Dennoch sei noch, die Mitgliedsversammlung jetzt 53 beträgt, das sind 75 p.M. von allen in und um Königs wohnenden Männern. Darum gen, die hier organisiert sind, die Mitgliedsversammlung ist groß, um einer Lage befreit zu sein, wenn sie nur zusammenkriegen, aufzusammensetzen.

Erste Fassung

Karlsruhe. Wir bringen den Mitgliedern zur Kenntnis, dass Mitglied Georg Magrin, Buchnummer, 5528, ausserdem ist genauso § 7 Absatz 1 der Vorstand. Letztpdag. Sonnabend, den 19. Februar, trug im Restaurant "eine öffentliche Verhandlung". Zum ersten Punkt, eine Hochschulunterrichtliche betreffend, hielt Kollege Schäfer ein habilitierendes Referat. An dem Hand statifizirter Erörterungen verschiedener Gewerbeschäfiter zeigte er, wie auch bei einer Arbeitslosenunterstützung durchzuführen wäre. Die Verbände im Jahre 1896 aufgenommene Statistik diente hierzu als Unterlage. Ein darauf eingegangener Antrag, weitere Diskussion und die Abstimmung für die nächste Versammlung zu verlagern, wurde angenommen. Zum zweiten Punkt schloss sich eine Debatte mit dem Bericht des Kollegen Schäfer, berichtet zunächst der Kollege Schäfer, daß er gezwungen ist, in Amt wegen Krankheit nicht zu treten. Wegen vorheriger Zeit konnte dieser Punkt nicht zu Ende geführt werden.

reichen Ausführungen. Dann erfolgte die Wahl der Verwaltung, die die nötigeren Beschlüsse erließ.

Die Altonaer hielten am 16. Februar eine Verfassungsfeier der Zunftschule ab. Sie hatten 160 Kollegien eingeladen, was ein seltsames Ereignis zu nennen ist. Die bisherige Verwaltung wurde wieder gewählt. Die Kollegien werden bestimmt erachtet, fernher von den Verfassungen noch etwas besser, wie die Leute zu behaupten, denn gewöhnlich lässt die ganze Gesellschaft auf dem Beschlussfesten. Wenn man die Kollegien sonst mal in einer Wirthschaft trifft, reden dort, so kann man meinen, sie seien wahre Muster in ihrer Weisheit; doch ist es verschämt, dass ganz anders. Kollegien, werdet ihr: die Interessenschule ist eben und aquiliter für Eure Organisation. Dann werdet Ihr auch bessere Zunft- und Arbeitsschulmänner existieren.

Die Befreiung der Kriegsgefangenen ist d. D. oben gestellt. Am 20. Februar einer außerordentlichen Missionsversammlung in d. Akademie des Vorstandes und Auschusses führte Eröffnung des Streitreglements wurde einstimmig angenommen. Seiner wurde beschlossen, daß jedes Mitglied von 1. März ab pro Woche 10 4/5 min Streitfonds zu zahlen hat; es find aber nur die Mitglieder damit gerechnet, welche hier für einen Sohn von täglich 1. 2/5 arbeiten müssen. Mitglieder, welche hier in Orten arbeiten, wo die Lohns höher liegt, haben sich den Befreiungen der dortigen organisierten Kollegen zu fügen.

Am Sonntag, den 20. Februar, hielten die Kollegen in Prisitz eine stark besuchte Generalversammlung ab. Von 54 Mitgliedern waren 42 anwesend, obwohl die meisten Kollegen 2-3 Stunden zur Versammlung zu gehen haben. Der Bevölkerungsmaßstab verlas ein Schreiben vom Meister Barthélémy, worin die Forderungen der Kollegen dort bestätigt werden: zehntägige Arbeitszeit und 80-82 ½ Stundenlohn, Landgang 8 ½ pro Stunde mehr. Die Bevölkerungsmaßstäbe fliegen nach, daß dieses Resultat nur durch festes Zusammensetzen zu erlangen ist, denn bei Verhandlungen mit den Meistern dattieren schon vom 7. November des vorjährigen Jahres, und daß durch fortgesetztes Abschauen unserer Organisation weitere Ziele zu eringen sind. Redner ermahnte die Kollegen, die uns noch fernstehenden durch kollegialiges Eintragen zusammenzutragen, so daß auch nicht ein einziger Kollege außerhalb des Verbundes bleibt. Darauf wurde beschlossen, daß jedes Mitglied mindestens A. 4 zum Straßländers beizutreten muß. Als Bevölkerungsmaßstab wurde Kollege C. Malz gewählt, da der bisherige Bevölkerungsmaßstab mit anderen Arbeitern

überhaupt ist. Soßier H. Henning wurde wieder gewählt.
Die am 20. Februar von der Böhlstädt Barby heran-
stammte Mitgliederfeierabendung war mit 46 Mitgliedern besucht.
Für die Ergründung zum Streitfeldelement Minuten 40, 6 ent-
wickelten sich die Abstimmung; betrefts der zu zählenden Beiträge
wurde beschlossen, von 1. März ab pro Woche 15 A und vom
1. April ab pro Woche 10 A, bis zur Höhe von A. 8, für den
Streitfeldzu zählen. Diese Beiträge werden von den Aus-
trägern des „Grußstein“ erhoben und hat jedes Mitglied außer-
dem pro Werkstück 10 A für die Sportorten zu entrichten.
Mitglieder, welche im Bezirk einer anderen Böhlstädt arbeiten,
sind ihrer Bestimmungen betrefts des Streitfelds zu folgen.
Rückblick nach dem Bedienungsbericht darauf hingewiesen
wurden, die Besammlungen recht zahlreich zu bejubeln und auch
ein jeder seine Pflicht erfüllte betrefts der gefassten Beschlüsse,
erfolgt Schluß der Beratung.

Am Dienstag, der 29. Februar, lagte eine Mitgliederversammlung der Schäfflers Magdeburg, in welcher Generalhistorius über bürgerliche und sozialistische Themen einen Vortrag hielt. Der zur Urabstimmung unterbreitete Antrag des Vorstandes wurde mit 202 gegen 28 Stimmen angenommen. Eine Abberufung wurde von den Magdeburger Kollegen in so weit im Streitfall berechtigt, dass es nicht erlaubt ist, falls während des Streits für berechtigt erklärt wurde, weiter zu arbeiten, auch wenn genügend Erfolg für die Streitenden vorhanden ist. Das Mitglied Kauer wurde aus dem Verbande ausgeschlossen. Ferner wurde beschlossen, vom 27. M. an Streitfondsumsätze zu bearbeiten. Beschlussoffenbarung soll die betreffende Kürzel abgestempelt werden. Der Kollege Stöckmann wurde wieder in den Verband aufgenommen.

Am 18. Februar tagte in Annaburg eine Mitgliederversammlung, in welcher zunächst die Ergangung des Strafrechtsreglements genehmigt wurde. Darauf folgend wurde der Mittelstand für eine Betriebsverbindung, unter Beibehaltung des Straftrebberechtes. Diese bestätigte der Beschlussabschlag über den Stand der Unterhandlungen mit den Unternehmen. Die Kollegen fordern zehnjährige Arbeitszeit und 22 d. Sonntags. Die Forderungen sind den Unternehmen unterbreitet worden. Von den zwei Unternehmen hat einer förmlich geantwortet (und wie viel ist die Antwort ans ? Die Red.). Beschllossen wurde dann noch, vom 1. März ab von den jetzt in Arbeit befindlichen Kollegien einen Betrag zum Straftrebbesatz einzusammeln. Am 18. März soll eine öffentliche Versammlung statt, zu der ein Repräsentant von Berlin erscheint.

In Leipzig fand eine von circa 1000 Personen besuchte Mauereröffnung am 22. Februar im Saale der Drei Mohren statt, mit folgender Eröffnungsrede: 1. Die Vorlesungen der organisierten Arbeiter, mit besonderer Berücksichtigung des Sozialstaatstheores und der Vereinigung der Unternehmer. 2. Die Arbeiterfamilien, die uns bei Streiks verhandeln Verursachen müssen. 3. Einige Werbungsgelegenheiten. Schluß. Jacob zeigte über den ersten Punkt und führte folgendes aus: Die Lage der Arbeiter ist im Allgemeinen eine triste, und das Vorstellen der Unternehmer ist stets darauf gerichtet, den Arbeitern auf einer hohen Stufe zu halten. Und was würden Sie für Mittel an? Ich schenke Ihnen nicht, den Minister Polidorowitsch zu erlauben, einen Erfolg herauszupringen, der hier gegen das geringe Recht, das den Arbeitern noch bestehen, und seine traurige Lage in verhältnis steht. Allen doran war es hauptsächlich der Verband der Deutschen Baugewerbevereine, der an den Minister dieses Gedanken richtete. Ihr ganzes Verbreten ist, den Arbeitern so viel wie möglich zu rauschen. Der § 169 wird bei den Arbeitern in vollkommener Weise herangestellt, was bei den Unternehmern nicht immer der Fall ist. Wir verlangen aber, was den Einen ist, ist dem Anderen billig. Die Unternehmer versichern es sehr genau, die Beziehungsleute darüber meistens Mauereröffnung für das Landen Stein. Al 10 mehr. Wenn der Minister sagt, der Arbeitswillige muß geschafft werden, so ist doch grundsätzlich festgestellt, daß diese Leute nicht immer die Erschöpfen sind, sondern beschwichtigend durch falsche Angaben verunsicher. Denjenigen, der jetzt sehr gutes Recht, als Mensch zu leben, eintritt, hinzulegen. Männer der Wissenschaft haben es immer lobenswert

glichen. Damit der Zivilisationsgeist haben es unter lobenswerth anerkannt, daß eine feste Organisation jeder Klasse dienlich ist.

und sie auf eine höhere Kulturstufe bringt. Wenn ferner die Wintersatze fort, der Arbeiter braucht das Sozialstaatrecht nicht mehr zu schützen. So möge es sich eindringen die Begründer des sozialen Laubdrucks entdeckt haben, daß sie sich nicht auf die Geltung, Es ist insofern ungünstig, daß Denkmäler überall, die es beweisen, gezeigt werden. Die Verkennung, zollt dem Befreiungskampf zweiten Platz erlaßt Kollege Jacob, es könne den Mauren zum Zeichen ihrer Organisation noch nicht nachgelagert werden, und wenn sie gegen sie kämpfen, gegen die ihnen verbandenen Berufe unabhängig bestimmen können. Was den Kampf mit den Bauarbeiterverbänden betrifft, an der Schule in Kleinschöneweide betrifft, so haben die Mauren jetzt Schul. Zur Abschaffung ist es zu, perfektionieren, neuere, heutige

Squid. „Zu leicht ist es zu verbergen, wenn keiner hin- und morgen dort Beobachter angesiedelt werden, ohne die vorher mit der dabei interessanten Berufung in Verbindung zu treten.“ Hinter mir ist im Allgemeinen eine bessere Sicht auf den Platz dreyen. Die Verfilmung nach kurz einflussreichen behandelten Anfang zum Streitgefecht an. Dann erscheint Jacob, der beim Meisterwerk der Wmme-Bindung von seinen Kollegen genahmert worden sind, weil sie Gelder für das Unterstüttungsfonds in Empfang genommen haben. Neben ihm steht das bei Herrn Brödme üblich 1905 einmal dargelegte Bild einer Frau, die nach den Beschwerden der Unternehmer Frau Sanna und Nachbarin Suleika anlässlich den Folgeschäden

Wir sind noch die Verhältnisse der unteren Stände und Säkular- und Schuleigentum gegenüber den Kollegien Altenburg und Daberne, sowie das Benehmen des Pariser Konsistoriums, und hauptsächlich die Maistermeiste und Enfes gegenüber den Geistlichen einer schweren Prüfung unterzogen. Es sind traurige Zeiten in dieser Welt. kaum vor einem Monat hat Herr Brönn die Ehrenwerte gesegnet, und in unserer Organisation nicht zu fördern gewollt. Wahrnehmungen vorgenommen, um einen Fonds zusammen zu lassen, um die Schriftkunstlizenzen zu sperrern und damit endlich in unsern Beruf Freiburg einzutreten, und jetzt geht der Unfriede schon wieder los. Anmerkung des Schriftkunstlizenzenkolleges Jacob wird beantragt, dem Vorstehenden, Herrn Entwickelungsbüro, Mithilfe zu machen. Kollegie Meyer ermahnt die Kollegien ernsthaft, an ihren Besitzstellungen festzuhalten, hauptsächlich seine Altersordnung anzunehmen, und nicht schon jetzt die Feuerwehrkasse bis auf das höchste Maß auszudehnen. Darunter werden die errungenen Vorrechte wieder illusorisch gemacht. Schließlich sollen die Kollegien stets eingesehen, daß unter keinem Band, der sich schon jetzt einer ganz bedeutenden Wohnung befindet, immer größer wird und jeder verdächtigt ist, jeden feindlichen Kollegen, der nach Leipzig kommt, in unserem Berufe großzutun. Sie streiten daher steif in unserm Berufe, groß und klein, unser Danck abzuhalten bedurfte, daß wir sie wahllosig unterstellt und auf jedem Bau in ausgetrockneter Weise zu den Unterstiftungsfonds steuern. Kollegie Jacob vertritt auf die Arbeitsmittelungen in vorherigen Jahre. Auch Stand heißt sie auf die Arbeitsmittelungen in vorherigen Jahren. „Um Unterstiftungsfonds soll man nur dann Geld in Empfang nehmen, wenn man die Arbeitsmittelungen freiwillig anbietet.“ Die Kollegien, die noch nicht im Besitz ihrer Schulgebäude sind, wollen diese so bald wie möglich auf dem Berufsschulgebäude, Friedensstraße 14, abholen. Mitzubringen ist ein vollständiger Ausweis, wo sie sich während des Streiks aufzufinden haben.

In Freiberg i. S. fand am 20. Februar im „Nürnberger Hof“ eine lebhaft sehr schwungreiche Beraterversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erzielte der Bertrautensmann eine befriedigende und kassenfreie Zahl vom Jahre 1897. Den Geschäftsjahrsbeginn wurde auf den 1. Februar festgesetzt. Es wurde zu entscheiden, daß es die Dresdener Agitationssummitätsversammlungen nicht hat, sondern sie werden auf dem 1. Februar stattfinden, das heißt sie werden auf Flughäfen und Referaten abhalten. In den vorherigen Jahren fünf Versammlungen stattgefunden waren. Flugblätter verteilt wurden, einmal in tschechischer Sprache und einmal in italienischer Sprache. Die Agitation auf den Kollegien, welche doch die beste ist, wurde leider von den Kollegen in Drie sehr vernachlässigt. Die Zahlabreise wurde im Durchschnitt von 4-5 Kollegen befreit, obgleich immer eine Mittelschreiberzahl von 20-40 Kollegen am Drie bestand. Eine Einigung auf Beiträgen, Streitfonds usw. besteht sich auf 238,41. Auf Mitteilung des Reiseposten wurde dem Bertrautensmann einstimmig Declaratio bestellt. Zum zweiten Punkt wurden dem Generalberichtsrath die Kollegen übertragen. Er hält sich als Bertrautensmann, und R. H. Löck und H. Löck als Reiseposten für Freibergs Maurer, und kann dann auf die Sammlungsgegenstände im Streitfonds zu sprechen. Da für Monat März hier noch keine Aussicht auf Arbeit ist, stellt Monat April gleich einen Antrag dar, daß bis Ende April eine Streitfondsumfrage zu entscheiden, und zwar so lange, bis die Arbeit wieder zu Ende ist.“ Dieser Antrag wurde von allen Kollegen befürwortet und fand einstimmige Zustimmung. In seinem Schlusshörn forderte Kolleg Schumacher, um die Anwendung nochmals auf fristiges als vorzügliches Jahr für die wichtige Sache einzutreten, so würden auch wir später durch eine fruchtbare und gute Organisation unsere fränkische Drei verbessern.

In Blaubeuren i. B. fand Dienstag, den 22. Februar, eine Maurer- und Zimmererversammlung statt, in der der Kollege E. F. ein in Zwiesel über: "Die wirtschaftliche Lage der Maurer- und Zimmerer Deutschlands" referierte. Der lehrreiche Vortrag wurde mit Begeisterung angehört. Im zweiten Punkt wurden

die Verhältnisse am Orte besprochen; die Unternehmer Tannhäuser und Franz Bösching mögen sich jetzt auf Grund des folgenden Zeit das Recht zum Lohnfixieren an. Die Männer haben auch dieses Jahr eine Lohnförderung erlangt: 40,- Gulden unterbreit und gehaltstüchtige Arbeitszeit, welche den Meistern zugeteilt werden darf. Folgende Rektion fand einstimige Annahme:

„Die heilige öffentliche Meisterschaft ist dem Arbeitgebervereinigung erlaubt, mit dem Ausübungsort des Betriebes vollständig einverstanden, und erlässt die amtierenden Meister und Hintermeister, welche der Organisation nicht mehr angehören, bestimmt bestätigt und damit als arbeitsfähig für das Jahr auf jedem Platz die Meisterorganisationen und Organisationsfaktor freien Zugang zu gewähren. Meister und Hintermeister der Meisterschaft, die sich mit dem Arbeitgebervereinigung erlaubt, mit dem Ausübungsort des Betriebes vollständig einverstanden sind, wenn die Förderungen nicht bewilligt werden sollten, alle gelegten Mittel in Anwendung bringen werden, um unfreie Herabsetzungen durchzuführen.“ Mit einem Fest, das auf die moderne Arbeitseinteilung folgt, wird der Vorstand die Aufstellungsumfrage.

Die am 18. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlungen der zentralen Bürgschaften beschloß, mit den Beiträgen zum Zentralstreitfonds am 1. März zu beginnen und das Mindestbeitrag, den Bürgen gegen Übernahmen genauso, 10 $\text{Pr}\ \text{R}\text{e}\text{ich}$ und Mitglied zu entrichten. Für Mitglieder, welche hohe Beiträge entrichten können und wollen, sollen 20 $\text{Pr}\ \text{R}\text{e}\text{ich}$ Beiträge verordnet werden. Befreite einer event. Wehrerhebung nahm die Verhandlungsmannen ihrer fröhlich vertrauten Stuhlkneipe ein, von einer Wehrge-ordnung abzusehen, indem sonst hauptsächlich in den schleineren Zahlstufen die Mitgliedszahl schwankt. Das Beileinen wurde beschlossen, hierfür früher gezahlten Stundenlohn von 28 $\text{Pr}\ \text{R}\text{e}\text{ich}$ wieder zu fordern (sieb. 28.). Zu diesem Zwecke wurden drei Kollegen gewählt, welche die Unterschriften der Kollegen zu sammeln und mit den Männern sofort zu unterschreiben haben. Dann wird die eine Verwaltung wieder gewählt. In der nächsten Verhandlung soll über eine geeignete Kontrolle bestimmt werden.

zu betreiben.

Zur Notiz für reisende Kollegen. Die Herberge der Maurer Münsterburg befindet sich im Restaurant „Englischer Hof“ Bordere Straßengasse.

Am Sonntag, den 6. Februar, fand in Darmstadt eine Kreiskonferenz der Maurer des Kreises Darmstadt - Gr. Geau statt. Diese wurde Nachmittags 2 Uhr im Gasthaus „Zur Welt“ Schloßgasse Nr. 2, eröffnet. Auf der Tagesordnung stand: 1. Situationsbericht des Beraternamens. 2. Wie beschreibt wir die Agitation und wie stellen sich die Zabstelleler hierzu, um die Agitationskommission finanziell zu unterstützen? 3. Neuwahl des Beraternamens. 4. Beschlüsse. Zum ersten Punkt führte der Beraternamann aus, daß seit März vorigen Jahres unsere Organisation mit Hilfe der Mainzer Agitationskommission im Kreise Darmstadt seines Wissens gefeiert hat und wir auch die heutige einen schriftlichen Reklam zu verzeichnen haben. Auch die Zabstelle Dürzburg ist in diesem Rahmen beschäftigt, bei der Agitation nicht zu erkennen, damit wir auch das Ziel erreichen, das wir uns gesetzt haben. Im zweiten Punkt der Tagesordnung betont Kollege K r u g - Giersdorf die Notwendigkeit der Agitation in den Orten, wo Zabstelle befinden. Auch sei es wichtig der Zabstelle, daß sie, so weit es in ihren Kräften steht, die Agitationskommission auch finanziell unterstützen. Die Delegierten waren mit den Ausführungen des Kollegen Krug voll und ganz einverstanden. Dann wurde die Neuwahl des Beraternamens vorgenommen und wurde Kollege K a r l S h a c k m a n n - Darmstadt wiedergewählt. Zum Punkt 4 der Tagesordnung führte Kollege S h a c k m a n n aus, daß die Zimmer von Darmstadt und Umgebung in einer Bodenbewegung liegen, deshalb sei es notwendig, daß wir dieselben in jeder Weise unterstützen, damit sie den Sieg erringen. Daraus kommt für die Kollegen, die Lehre nehmen, daß nur durch eine starke Organisation etwas zu erreichen ist. Kollege B e s t - Wetterstadt fragt an, ob es möglich sei, in diesen Tage Herbergen an die Unternehmer zu stellen. Die Frage wurde jedoch verwiesen, da die Organisation noch an jung sei und erst 25-30 % der Kollegen als Mitglieder zähle. Mit einem Hoh auf den „Centralverband der Maurer Deutschlands“ wurde die Konferenz um

Verdienst vor zuerst Deutschlands" wurde die Konferenz am 7. Februar geschlossen.

Sonntag, den 20. Februar, tagte in Griesheim die regelmäßige Mitgliederberatung, in der Kolleg Schäfer eine ausführliche Berichterstattung von der Kreiskonferenz zu Darmstadt lieferte. Seine Ausführungen wurden gut aufgenommen. Ferner wurde Stellung genommen zu den Angriffen auf das Koalitionsrecht und beschlossen in Griesheim eine große Protestberatung einzuberufen in Gemeinschaft mit allen Arbeitervororganisationen. Beschllossen wurde ferner, zur Kreiskonferenz am 6. März zu überholen hier Delegierte zu entsenden.

In Büttelborn tagte am 20. Februar die regelmäßige Mitgliederberatung der dortigen Zunftstelle, in der Genossen Spar aus Darmstadt einen die Mitglieder sehr interessierenden Bericht hielt. Die Abstimmung über die Anträge des Vorstandes, betreffend das Streifzugsreglement, wurde einstimmig angenommen. Bezugslös für die Bereitstellung der Streifzugsmarken wurde beschlossen, fünf Kollegene zu bestimmen, die ebenfalls in den verschiedenen Orten, in denen sie beschäftigt sind, an den Sonntagnachmittagen zum Verkauf zu bringen; innerhalb der Zunftstelle soll der Bereichsleiter die Märkte zum Verkauf bringen. Zum Schluss ließ sich noch ein Kollege als Mitglieder aufnehmen. An die Mitglieder von Mainhardt und Umgegend ergeht von der dortigen Zunftstelle eine Erinnerung folgender Aufzählliste: Kollegen! Wie haben den Winter bereits überstanden? Der Frühling, mit welchem neues Leben in der Natur, sowie in unserem Gewebe erachtet, wird bald seinen Einzug halten. Kollegen, auch wir wollen uns zu neuer Thätigkeit aufrüsten, um unsere Lage diesen Sommern etwas besser zu gestalten. Es arbeiten hier ungefähr 600 Maurer, während der Sommermonate auch 800-1200. Von diesen vielen Gesellen gehörten

Umständen zu meiben. Kein Maurer lasse sich von den Agenten der Unternehmer nach Pest löden.

Stuffatene

Aus Kaiserstuttern berichtet die "Münchener Post", daß im Streit der Cipier keine Veränderung eingetreten ist. Die Aufständigen haben bis jetzt die auf einen gewissen Festschein ausgeschwärzt. Der Geist der Streikenden ist ein guter, die Meistervereinigung schwächt schon und so ist Ausicht zu handen, daß bis zum 1. März der Streik beendet sein wird. Porzellan ist jeder Auswärts fern zu halten.

zurückhaltung in jeder Hinsicht kein zu halten.
Nach Abschluss der Nebelaktion gingen uns noch folgende
Werthe zu: Die Unternehmer berücksichtigen sie, den Lohn für
familiäre Arbeit vor dem 1. Januar um 20 % ^{ab} und die Ta-
rife ab erhöhen, bei Beschäftigung der Tiefbauarbeiter um 10 %. Die
Überlebenshilfe soll nach „heftiger“ Arbeit um 10 % gesteigert werden.
Bei weniger leistungsfähigen Arbeitern soll sie um 5 % gesenkt
werden. Die Lohnzahlung soll mindestens 14 Tage erfolgen.
Frei Fahrt, sowie Pausen und Zugreise bei auswärtsliegender
Arbeit werden, wie bisher, für familiäre Arbeiter von den Unter-
nehmen beglichen. Bei Alltagsarbeit soll nachstehender Tarif gelten:
Für rauhe Wandbearbeitung pro qm 20,- (früher 23 um-
gesetzt), für rauhe Decken 28,- (wie bisher), für rauhe
Wand pro qm 24,- (früher 26,-), Decke pro qm 30,- (früher
32,-). Zugabeart pro qm 2,0, früher 2,50. (Die
Arbeiter verlangen die Arbeit pro laufenden Meter bezahlt;
Anfertigung der Möbeln pro Stück 50,- wie bisher.)

Also die Auffordernisse wollten die Unternehmer herausheben und bei eifriger Arbeitseifer rechnen sie auch noch auf Nebenkosten. Die Arbeiter haben die Vorworfslage der Unternehmer einstimmig zurück gewiesen und wollen sich, wenn es ganzlich keine Verständigung erzielt ist, auf längeren oder ganzlichen Fortzug von Kaiserslautern einrichten. Zugun-
bringend fern zu halten.

Haushaltungsbudget

Ein Berliner verheiratheter aber kinderloser Maurer hat für das Jahr 1897 eine Zusammenstellung seiner Einnahmen und Ausgaben gemacht, die wir nachstehend wiedergeben wollen.

Gearbeitet wurde von dem Kollegen, in dem betreffenden Jahre an 249 Tagen insgesamt 2071 Stunden, und zwar 1332 Stunden zu 55 ♂ und 1337 Stunden zu 60 ♂ pro Stunde. Der Jahresertrag betrug demnach $M. 1205,95$. Rechnet man die gearbeiteten Stundengehalt und in Wochen und Tage, den Tag zu 9 Stunden, so ergiebt sich eine jährliche Arbeitszeit von 88 Wochen 2 Tagen und 1 Stunde; rechnet man eine achtfachige tägliche Arbeitszeit, so ergiebt sich auf die Zahl der Jahre 43 Wochen und 7 Stunden. Geleistet wurde von dem Kollegen 404 Stunden wegen Regen, 204 Stunden wegen Frost und Schneę, 5 Stunden wegen Materialmangeln; arbeitslos war der Kollege 256 Stunden, gestellt hat er 182 Stunden und an 7 Tagen war er bereest. Um an den Arbeitsleistungen und dort bislang wieder nach Hause zu gelangen, mußten $M. 14,10$ an Fahrgeld herausgezahlt werden. Da, wie schon erwähnt, der Kollege kinderlos ist, konnte die Frau desselben ebenfalls erwerbend thätig sein. Sie konnte als Ergebnis ihrer Arbeit dem Haushalt die Summe von $M. 494,15$ zuführen. Das gesamtmittel Jahreserstommen des Kollegens belief sich demnach auf $M. 1840,07$. Die Ausgaben für die gesammelte Haushaltung seien hier zusammen aus folgenden, die sich alljährlich wiederholen und folgenden, die nur periodisch gemacht werden müssen und daher als jährliche Ausgaben zu bezeichnen sind. Nachstehende Tabelle gibt über beide Kategorien der Ausgaben näheres Aufschluß.

Wöchentliche Ausgabe. | Sämtliche Ausgaben

Brot und Weißbrot	M. 1,73	M.
Butter	1,35	
Schmalz	.27	
Hefe und Zutrot	.27	
Weiß	8,90	
Zier	.02	
Spez	.68	
Wurst	.29	
Käse	.95	
Käsefee	.81	
Zucker	.87	
Salz und Zucker u. Gewürze	.78	
Stärkefladen	.31	
Eifig	.04	
Bier	8,24	
Gummab	.20	
Tafel und Biskette	.80	
Käse	.19	
Wurst und Hering	.07	
Knöpf	.07	
Salz	.05	
Stochern und Holz	.78	
Summa..	16,86	
		M. 876,72
Wöchentliche Ausgabe M. 16,86 × 52 = M. 876,72		
Jährliche Ausgabe		M. 720,03
		Gesamtausgabe M. 1596,75
Ginnahme	M. 1640,07	
Ausgabe	M. 1596,75	
		Uebertreibn. M. 48,82
		Ueberschuss von 1896. M. 14,68

Widmung unserer Bewegung

Am 13. Februar stand in Potsdam eine Extra-Mitgliederversammlung statt, in welcher die Anträge des Vorstandes, betreffend Uebertragung, angenommen wurden. Von 127 anwesenden Mitgliedern stimmten 117 für die Vorlage. Zu dem Aufruf an die Mitglieder, betreffend eine event. Beitragserhöhung, kam die Zahlstelle zu der Meinung, die Beiträge so liegen wie sie jetzt an belassen, jedoch einen obligatorischen Beitrag zum Streitfonds einzutragen. Beschlusso wurde, dass die beschäftigten Mitglieder pro Woche 20 & und die ledigen 30 & zum Streitfonds abzuhängen haben. Wer unter 27 Stunden die Ma

n gearbeitet hat, ist vom Streifbeitrag frei. Dann wurde
! örtliche Verwaltung gewählt.

— Am 16. Februar tagte eine öffentliche Masserveranstaltung, in welcher Kollege Sibler sich über „Koalitionsrecht der Arbeiters“ sprach. Nedder betonte in seinem 1½-stündigen Vortrage, wie nothwendig es sei, sich zu organisieren und zu protestiren gegen die brutalen Angriffe, das Misstrauen des Arbeiters biegen vollständig zu nehmen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und nahm einstimmig eine Resolution an, in der energetisch Prophesien machten, die Werthörungswert der Großversammlung erhöhen.

erhoben wird gegen die Verjährung der Strafzeitumfrage S. 183. Die Sozialkommission berücksichtigt dann, daß bei Meistern und Unternehmern noch eine Anhört auf die ihnen ausgedachte Forderung gegeben haben. Wie verlaufen, haben die Unternehmen in ihrer Verhandlung mit den Arbeitern die Forderung abgeschafft. Die Verhandlung beprägt dann in heftiger Debatte die Altersförderung, und wurden alle Kollegen erfüllt, doch den bestehenden Abschluß festzuhalten. Die Kollegen, die in der Organisation feierlich, wurden aufgefordert, sich den Verhandlungen und den Beschlüssen, die die untervertraglichen Kollegen einen wohlbefreiten Beitrag von 30 % und die betriebsfreien 20 % zum Streitfonds zu zahlen haben, hinzuzuhalten.

Am 17. Februar fand in Kassel in Hoffmann's Saal eine stift. körperschaftl. Ausschusssitzung statt. Am Abend wurde ein

eine stark befürchtete öffentliche Verfilmung der Maurice war.
Wiborg und Briss statt. Auf der Tagessitzung stand:
1. Können die Interessen des Körberer und Brüder Maus von Berlin intensiv mit vertreten werden? 2. Sitzungsumfrage
zur Wohnbevölkerung in diesen Tagen. Kollege A. B. schrieb:
in ihrer Umrisse die Borgänge in den letzten Berliner
Sommermonaten und zog aus denselben die Schlussfolgerung, da-
nach den letzten Ereignissen ein Hand in Hand arbeiten;
Berlin in Bezug auf Wohnbevölkerungen nicht mehr möglich
Hierauf gelangte eine von den Kollegen Wittig eingebrachte
solution gegen fünf Stimmen zur Annahme, in welcher
drosseln wurde, ein eigenes Streitgebiet abgrenzen und eine
Zoofilmkommission zu wählen. Das Streitgebiet umfasst Wiborg
und das Gutsbezirk Halensee ist. Die Streitkommission
hat vom Montag, dem 21. Februar an, Sammelfahrten und
sonstiges Material herzulegen. Der Beginn der öffentlichen
Sammelungen wird auf Sonnabend, den 26. Februar, und zu

mit 25 & Beifog pro Woche, festgesetzt. Dann brachte Polizei L a g e c eine durchgängige Fliese über das Dachen des Hauses der Polizei zur Sprache: Es sollen zwei als Mauern versteckte Polizeibeamte auf dem Bau in der Thüringerstraße, Unternehmer Müller, als Streifelräuber gezeichnet haben, um so anderen Streifelräuber vor den Streitenden zu schützen. Streitenden gaben aber keine Bezeichnung an der Schule. Es herrschten aber jährlinige Zustände auf dem Bau herrein, des Baubüro und des Morts; da hätte die Polizei ein wahrhaftiges Auge haben sollen und andere Zustände schaffen können, aber sie hat es nicht. Eine Resolution, worin sie die Bezeichnung verpflichtet, Mann für Mann den Zentraleinsatzbeamten deutlicher Mauern beizutragen, wurde einstimmig angenommen.

Am 28. Februar fand in der Vereinsbrauerei wiederum eine öffentliche Versammlung statt, in welcher besloffen wurde, den Bauplatzweisen in das Streifelspiel mit einzufügen. Die Stempelung der Arbeitslosigkeit liefert Sonnernagels und Freiherrnleber Woche bei Th o m a s, Bergstraße 122, statt. Die arbeitenden Kollegen haben bis auf Mittwoch 25 & pro Woche zahlen. Ein Antrag, die Abstinenzkasse ist berechtigt, Geldeinzahlungen, wurde angenommen. Hierauf wurde die Petition der Baugewerksmeister an den Minister, Wiederherstellung der Strafverschönerung zwecks größerer Schüsse der Arbeiterwilligen gegen den Terrorismus der Streitenden, einer eingeholten Bedeutung unterzogen. Ferner sprach Groß-Gro d e l b über den Polabauschöpfen Erfolg. Weder schafft seine mit Beifall aufgenommene Ausführungsordnung bei der Ausforderung an die Kollegen, sich jährlinig gewerkschaftlich in politisch zu organisieren, um so einen festen Ball gegen die Feinde der Realität zu bilden. Nachdem noch die bekanntesten Mitzähne beprochen worden, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

e Kollegen zentraler und zwei Kollegen lokaler Richtung. Tumultuosen Vorgängen, verursacht von Kollegen, welche sich mit

diesem Besuch nicht einverstanden erklären, aufzolegen, wurde diese Verfassung, die doch mit ihrerzeit Tagesordnung am 14. d. M. einberufen politisch aufgelegt. Es erwarteten ih, daß auch fernher die Wahl der Röhmkommission auf Grund genannter Resolution auf jeden Fall den losaler Seite hintertrieben wird; diese Vorgängen zufolge ist das Reichsgefühl der Mehrheit der Berliner Männer auf's Tiefst verlest, und steht bei wiederholten beratenden Versammlungen die Röhmbewegung für das Jahr 1898 auf dem Spiele, und die schweinartigsten und moralischsten Opfer in den beiden berauf-gangenen Jahren wären umsonst gebracht worden. Da sich gleichzeitig auf Grund dieser Vorgänge die Kollegen von Charlottenburg, Wilmersdorf, Moabit und Britz verlegt fühlten, und es öffentlich ausgesprochen haben, daß dadurch die Interessen der an obigen Orten wohnenden Kollegen nicht genügend vertreten werden können, soll auch durch öffentliche Verhandlungs-sitzungen eine den Berliner Männern unabhängige Leitung gegeben haben, mithin circa 900 Mitglieder des Verbandes aus unserer Gemeinschaft austreten, beflektzt die heutige Verbandsversammlung wie folgt: 1. Erwagung, daß 1. die Verbandsmitglieder ein rechtes Interesse an der Erfüllung unserer Lage, mithin an der Durchführung unserer Röhmbewegung haben, was die Stellungnahme zur letzten Einigungsfrage, sowie in der Röhmbewegung der letzten Jahre in vollem Maße bestimmt ist; 2. das gegenwärtige Verhältnis in der Stärke der beiden Organisationen durch die neuerrichtete geschaffene Selbstständigkeit objektiv vorste ein anderes geworden ist, nehmen die Verbandsmitglieder von ihrem Recht, viele Mitglieder in die Röhmkommission zu wählen, Abstand und schließen die nächsten öffentlichen Versammlungen Folgendes vor: 1. Die Röhmkommission wird für Berlin an drei Kollegen zentraler und drei losaler Richtung gesammeltgelegt. 2. Von Montag, den 28. Februar ab, müssen die Sammelfächer für dieses Jahr verausgabt werden. Das Sammeln zum Streitfeld beginnt am Sonnabend, den 5. März. In längeren Ausführungen plädierte Freiglich für Annahme dieser Resolution. In der nun folgenden, sehr lebhaften Diskussion sprachen Rabe, M u d., W. G u l a , Grenz und Hauke im Sinne des Referenten. Gröppler sprach in längeren, sehr lebhaften Ausführungen gegen die Resolution und forderte die Mitglieder auf, an dem Wettbewerb vom 2. Februar teilzunehmen. Bei der Abstimmung über die Resolution stimmte die große Mehrheit der Anwesenden für die beliebte.

In Wilmersdorf lagte am 20. Februar in „Klingsberg's“ Waldschule eine öffentliche Maureverfeierabnung, in welcher Kollege B e r n h a r d und Kollege H e b e r m a y über die Berliner Maurenverehrung gaben. Nach dieser Feier fanden sich zu der bisjährigen „Königswahl“ wurde bei Unterkunft des Prinzen von Berlin abzuholen. Begeisterung war groß. Wilmersdorf ist dem Charlottenburger Streitfeld angrenzend. Die Grenze ist im Osten Prinz Regentenstraße bis zum Bahnhof Friedenau an der Bahn entlang, im Süden Wilmersdorf und Spandau-Borsigdorf. Dazu wurde der Kollege B e r n h a r d als Kommissionsmitglied und der Kollege D e i l e n s o h als Beitragszähler für die Sammelfeste Friedenauer Bahnhof gewählt. Die Wahl eines Delegierten für die an den Osterfeierstagen stattfindenden Brandenburger Maurenkonferenz fiel auf Kollegen Bernhard.

Am 26. Februar tagte in Groß-Lichterfelde eine öffentliche Maurenverammlung mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Generalstabsfonds, 2. Befreiung über das Sammelfesten, 3. Befreiung der diesjährige Rohnförderung. Der Kaiser berichtete, daß 283 Sammelfesten ausgegeben und davon 148. Mai: 6998 à 25 M. 200 à 50 M. 200 à 1 M. Einnahme für 6823 Marter à 25 M. 1705,75 für 198 à 50 M. 99, für 187 à 1 M. 187. Eintrittspreise bei Versammlungen M. 85,25; Summe M. 2078,10. Ausgaben für Luftschiffmarter M. 10, für Duitingsfarten M. 4, für Sammelfesten M. 12, für Luftschiffmärsche M. 4, für Stempel mit Stempelkosten M. 5,90, für Porto und Dienstreisen M. 4,08, für die Delegierten zur Konferenz M. 1, für Bautenkontrolle M. 25, für Reisekosten nach Berlin M. 1, für Unterstützung der streifenden Kollegen M. 598,85. Verpfändungen und Unloftos für den Kaiser der Rohnkommission M. 30,79, Entschädigung der Hülfsschiffer für 29 Abende M. 11, für Pfleiale und Handgefert. M. 48,50, für Bürger M. 82,55. Für Unterführung der streifenden Kollegen in Leipzig M. 100, für Porto und Schreibmaterialien M. 19,20, für herbeiliegende Fleinerei Ausgaben M. 7,10, für Rechtsförschung für H. Lehmann und W. Spiegel M. 115,18; Summe M. 958,80. Einschneide M. 2075,10. Ausgabe M. 958,80; bleibt Befand M. 1214,20. Marternbestand: 175 à 25 M. 2 à 50 M. 18 à 1 M. 1. Die 25-rechnung ist revidiert und für richtig befunden. Steuerfurd wurde dem Kaiser Decurie erthalten. Im zweiten Punkt wurde darauf hingewiesen, daß die gewidmeten 25 M. Marter von der Rentenkontrollfonds-Verwaltung in Hamburg nicht zu haben sind, sondern nur Marter in der Breitlage von 10, 20, 30 und 50 M. Von H. Lehmann wurde der Antrag gestellt, daß Sammelfestmal wieder wie im vorigen Jahre statt zu haben. Dies wurde mit Mehrheit angenommen. Bezuglich der Rohnbefreiung wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen auf den Bauten ihres Stabs zumindest mit der Rohnkommission in Verbindung zu stehen haben, wenn sie irgend welche Schritte unternehmen wollen. Die Badeunterkünfte wurden verpflichtet, jedem anfangenden Kollegen Farce und Berndanschus à kontrollieren und auch dafür zu sorgen, daß die Wissstände auf den Bauten mehr gezeigt werden.

mehr bestreitet werden.

Die **Zahlreiche Schmargendorf** hielten am 17. Februar ihre wissenschaftliche Versammlung auf. Als Referent war Kollege Dietrich Böhl auf Einladung. Meiner sprach auf. Das **Koalitionsrecht der Arbeitnehmer**. Weiter kam Referent auf den Streit zwischen den Berliner Abolofangunisten und dem Mitgliederverband des Centralverbandes zu sprechen und bezeichnete denselben als geeignet, alle unsere durch schwere Opfer erungenen Vorrechte hinlänglich zu machen. Dann erinnerte Meiner die Kollegen, doch dahin zu wirken, das wir das Erzeugnisse festhalten, und auch dahin zu streben, das wir bei der Arbeit Mensch bleibend und nicht höhnisch nach Arbeitsmöglichkeit herabstimmen. Besonders den jungen Mitgliedern legte er dringend an's Herz, nicht wegen einer Präsentation als Zeitzer zu fungieren, da auch für sie die Zeit kommen werde, wo ihre Arbeitszeit abnimmt. Mit beredten Worten erinnerte Meiner dann noch die Kollegen daran, daß jeder Eingeschlossene als Werker für unsere Organisation auftreten und immer mehr die noch feuerndsten Kollegen heranziehen solle, die nur durch ein gefülltes Morgen eine etwas zu erreichen sei. Meiner Befürchtungen den Meinen für seine neuen

einer Organisation angehört, die Aufnahme in ihrem Betrieb verweigerten. Es ist auch nicht neu, daß anlässlich verloren gegangener Streiks Unternehmervereinigungen die Forderung an die Arbeitssuchenden gestellt haben: Ausstieg aus der Berufsorganisation. Aber von vorn herein eine Organisation gründen, mit dem ausgesprochenen Zweck, eine andere Organisation zu vernichten, das ist unseres Wissens den Pyritz-Neumärker Baunternehmern, mit dem Reserveleutnant und Baumeister Bentivoli an der Spitze, vorbehalten geblieben.

Über die Tendenz unseres Verbandes zu urtheilen, müssen wir zunächst den Bentivoli und Genossen die Qualifikation abprüfen. Die Herren kennen so wenig von der Sozialdemokratie wie von den Bestrebungen der Gewerkschaften. Es genügt, festzustellen, daß der Zentralverband der Maurer eine Organisation ist, die sich im vollen Maße auf den § 152 der Reichsgewerbeordnung stützt. Unsere Organisation will dafür Sorge tragen, daß ihren Angehörigen möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt werden, im Nothfalle mit Hilfe des Staates. Dasselbe Recht steht den Unternehmern zu. So will es der § 152 der Gewerbeordnung. Jeder Moral und Sittelichkeit hohnsprechend ist es aber, wenn Organisationen in's Leben gerufen werden, um gesetzlich gewährte Rechte ihrer illusorisch zu machen, mit Hilfen zu treten. Die Bauunternehmer von Pyritz und Umgegend und alle ihre Gewinnungsgenossen sind es in Wirklichkeit, die arbeitswillige, ehrliche Arbeiter an freiwilliger, freiwilliger Arbeit hindern. Die Arbeiter sollen an der Arbeit verhindert werden, weil sie ein gesetzlich Recht ausüben, weil sie sich vereinigen. Nicht einmal Forderungen auf Lohnherabsetzung oder Arbeitszeitverkürzung hatten die Maurer von Pyritz und Umgegend gestellt, viel weniger haben sie an einem Streik gedacht. Und doch sind sie schon seit Wochen in Acht und Dame getan. Und dieser Gemeinschaft haben die Bentivoli jetzt die Krone aufgesetzt durch die Gründung einer Organisation für einen größeren Streik, einer Organisation, die geradezu eine Verhöhnung des Gesetzes ist.

Was würde den Arbeiterorganisationen geschehen, die es sich zur Aufgabe machen wollten, die Organisationen der Unternehmer zu belästigen? Man würde das Beginnen der Arbeiter als gemeingefährlich anschreien, und an allen Enden und Ecken Deutschlands würden die Staatsanwälte mit freiem Hand zugreifen. Bei dem Treiben der Unternehmer wird man fragen: Es verstößt nicht gegen den § 152 der Gewerbeordnung. Ganz recht! Aber auch den Arbeiterorganisationen steht dieser Paragraph nicht entgegen, wenn sie ihre Kraft darauf konzentriren wollen, in einigen Orten die Innungen und sonstigen Unternehmerorganisationen zu zersäumen. Aber dennoch würde sich auch hier wieder gar rasch der Sag bewahrheiten: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es dennoch nicht dasselbe! Die Arbeiter haben aber gar keine Veranlassung, die Probe auf's Empfängen zu machen. Die Arbeiterorganisationen bedingen auch Unternehmerorganisationen und umgekehrt; und darum liegt bei Arbeitern nichts fern, als eine Vergewaltigung der Unternehmerorganisationen. Und darum haben auch die Arbeiter nicht bloß das gesetzliche, sondern auch das Moral und Sittelichkeit begründete Recht, daß ihre Organisationen von den Unternehmern als gleichberechtigt anerkannt werden.

Einfühlungsvoile Unternehmer haben das Recht, der Arbeiter auch längst anerkannt; leider bleibt es im Bauvorstande nicht viel. Darum ist es auch bringend notwendig, daß von Gesetzeswegen dem Beginnen des moralisch defekten Unternehmerthums ein Siegel vorgehoben wird. Wenn Arbeiter, die in der Aufregung ein unbedachtes Wort gegen ihre widerstreitenden Gewinnungsgenossen ausschlagen, mit schweren Gefängnisstrafen belegt werden, dann ist es nur recht und billig, daß Unternehmer, die kalten Blutes die Arbeiter an der Ausübung ihrer Rechte hindern wollen, mit ebenso harter Strafe belegt werden.

Unsere Gewinnungsgenossen aber mögen in ihren Rüstungen nicht erkennen. Das Unternehmerthum holt aus zu einem Vernichtungsschlag gegen unsere Organisation. Genossen, sorgt dafür, daß es ein Söldner ist's Waffentwerde!

Übermals eine Koalitionsrechts-Debatte im Reichstage.

Berlin, 26. Februar.
Winnen wenigen Wochen die dritte Spezialdebatte betreffend das Koalitionsrecht der Arbeiter! Dielebe hat gestern — an einem sogenannten „Schwundtag“ — begonnen, um demnächst fortgesetzt zu werden. Es handelt sich um zwei Entwürfe, enthaltend Gesetzesentwürfe über die „eingetragenen Berufsvereine“. Der eine dieser Entwürfe ist herzlich zu Beginn der Session von freisinngener Seite (Dr. Schreiber

und Genossen) eingeholt worden. Wir haben den häufigsten Inhalt bereits damals mitgetheilt. Es ist derselbe Antrag, den dem Reichstag schon öfter in schieren Schüssen vorgelegen hat. Der zweite Entwurf kommt von der Zentrumsfraktion. Die Unterschiede zwischen den beiden Entwürfen sind im Wesentlichen nur formeller Natur. Ihre Tendenz ist so ziemlich die gleiche: gesetzliche Regelung des Rechtsverhältnisses der Berufsvereine, Schutz derselben gegen willkürliche behördliche Eingriffe. Der freisinnige Antrag geht von der durchaus begrundeten Überzeugung aus, daß diese Rechtsverhältnisse im bürgerlichen Gesetzbuch nicht zur Genüge geregelt sind, und daß es überwiegend notwendig sei, die beständigen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches in das heutige Spezialgesetz mit einzufügen, weil dieselben eine eminent praktische Bedeutung haben gerade für die Arbeiterkreise, die mit den Bestimmungen des diesbezüglichen bürgerlichen Gesetzbuches nicht so vertraut sind. Dieser Überzeugung gab der Begründung des Antrages, Dr. Schreiber, zutreffend Ausdruck. Die Zentrumsfraktion hingegen ist der Ansicht, es sei nicht richtig, die beständigen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches in ein Spezialgesetz zu bringen. Inhaltlich weichen die beiden Entwürfe eigentlich nur in der Bestimmung über die Auflösung des Berufsvereine ab. Das Zentrum meint, daß der Berufsvereine in vieler Hinsicht vor anderen Vereinen nicht bevorzugt werden darf.

Der Redner des Zentrums, Abg. Spahn, beschränkte sich darauf, diese Unterschiede kurz darzulegen, während der freisinnige Redner, Dr. Schreiber, auf die Frage des Koalitionsrechtes und seine Sicherung selbst einging. Er wandte sich gegen die bekannte Auffassung des Grafen Rosdorff, daß, wo das allgemeine Wahlrecht besteht, das Koalitionsrecht für die Arbeiter „keine Bedeutung“ habe. Die Arbeiterkoalition ist das beste Mittel, Ausschreitungen im wirtschaftlichen Kampfe zu verhüten, Streiks zu verhindern, oder unter schiedsgerichtlicher Mitwirkung schnell zum Auskrage zu bringen.

Herr Freiherr v. Stumm hatte wieder seiner „großen Tag“, den er immer dann hat, wenn er seiner fanatischen Heimtücke gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter Ausdruck geben kann. Was wir aus seinem Mund hören, das waren die alten Geschäftigkeiten, Dummheiten, Triebialitäten und Rücksichtlosigkeiten. Er behauptet, daß beide Anträge dem im sogenannten Februarwahlkampf gegebenen Willen Sr. Majestät direkt zuwider liefern! Dann die „Hauptgefahr solcher Gewerkschaften“ (einerseits ob sozialdemokratisch, Hochdünster oder „richtig“) liege „in den durch sie hergerufenen Gewaltthäufigkeiten!!!“ Das „Terrorismus“, den die Gewerkschaften ausüben, sei viel schlimmer, als die Sozialdemokratie zu gebrauchen wolle!! Die Streiks richten „ungeheueres Elend“ unter den Arbeitern an und „zerstören das Nationalerbe“; das habe der letzte Maschinenuntersturmführer in England wieder bewiesen!!! Die Gewerkschaften ohne Unterschied vertreten „sozialdemokratische Tendenzen“; die Hochdünsterischen Gewerkschaften haben sich den Forderungen der Sozialdemokratie „im Wesentlichen angegeschlossen!!!“ Auch die christlichen Gewerkschaften „werden in dieses Fahrwasser geraten, wenn sich der Massen erst die Aufführung bemächtigt“. Der alte Freiherr schließt mit den Worten: „Ich verlange Schutz der arbeitswilligen Arbeiter gegen den Terrorismus; ich will verhindern, daß die Arbeiter Streikfassen schaffen und sie mit diesem Gelbe fällen, um die Arbeitswilligen zu bekämpfen, sofern sie einsam thun, was sie sonst nicht thun würden.“

Mit diesen Auslassungen des Industrie Königs, die den Beifall der Konzern- und Nationalgewerken fanden, ging die „richtige“ Abgeordnete Rosdorff, bekanntlich selbst ein Vertreter der Großindustrie, scharf in's Gericht. Von jeder war Herr Rosdorff demütig, den Tatsachen, der Wahrheit, der Vernunft, der gerechten Erwägung in der Frage des Koalitionsrechtes und seiner Ausübung die Ehre zu geben. Wenn ihm dabei ob und zu einer unrichtige Beurteilung der Sozialdemokratie und ihrer Stellung zu den Gewerkschaften unterläuft, so erkennt das nebenächlich und belanglos, da er andererseits auch nicht davon zurückweicht, der Sozialdemokratie gerecht zu werden. In seiner gefeierte Aderhalbstunde rede führte er u. a. Folgendes aus:

„Wer will bestreiten, daß zwischen Kapital und Arbeit ein Gegensatz besteht? Es ist deshalb unrichtig, eine der beiden Interessenvertretungen einseitig zu stärken. Das gefiehlt dem Kapital gegenüber durch die ihm gesetzte Koalition. Der Besitz macht in gewissen Stimme Konkurrenz, der Staat hat oft das größte Interesse, den Besitz der Arbeiter zu verneinern. Die Berufsvereine sind nicht im Interesse der politischen Sozialdemokratie (!) gelegen, sie lenken das Interesse auf wirtschaftliche Fragen ab. Die Gewerkschaften liegen im wirtschaftlichen Interesse der Arbeiter, besonders der Arbeiter, die in der Sozialdemokratie militieren, aber keine Sozialdemokratie sind. Gest ist die Sozialdemokratie die einzige Vertreterin der Arbeiterinteressen. Ein wen sollen sich die Leute heute wenden? An den Freiherrn v. Stumm können sie sich doch nicht wenden. Ich möchte behaupten, wäre

Herr v. Stumm selbst Arbeiter, er würde sich nicht an den Abgeordneten Freiherrn v. Stumm wenden. (Große Heiterkeit.) Die Arbeiter haben das größte Interesse an der Bohnerhöhung. So wie aber ein Arbeiter dieses Bestrebens erkennt läßt, wird er zu den Sozialdemokraten gehören, um der ganzen Welt einen Schlag einzuzagen. Von Herrn Freiherrn v. Stumm ist heute wieder gefragt worden, es handle sich hier wieder um die Schaffung einer einseitigen Interessenvertretung der Arbeiter. Herr v. Stumm versucht, mir, daß die Arbeitgeber bereits längst diese einseitigen Interessenvertretungen haben.

Herr v. Stumm glaubt, daß auch die Lohnfrage gemeinschaftlich geregelt werden soll. Wie stellt er sich das vor? Hier werden immer entgegengesetzte Meinungen einander gegenüberstehen, und wer wird da sagen wollen, wer wird da sagen müssen? Der Vorschlag, gemeinschaftliche Korporationen zu schaffen, ist nur ein Münzchen, der um ein katastrophisches Nein gehängt wird.

Wenn die Arbeitgeber sich vereinigen können, müßten auch die Arbeiter dasselbe Recht haben. Durch die Organisation der Arbeiter ist eine Einigung mit den Unternehmern leichter, als ohne dieselbe. Gerade beim Pierhofhof haben wir es als einen Mangel empfunden, daß nicht eine bestimmte Organisation der Arbeiter vorhanden war, mit der wir hätten verhandeln können. Der Kampf hätte dann eher beendet werden können. Herr v. Stumm will mit mir nicht mehr diskutieren, weil ich als Arbeitgeber durch Verhandlung mit sozialdemokratischen Führern die Interessen meines Standes verletzt hätte. Meine Gewinnungsgenossen denken anders darüber, sie sind mir heute noch dankbar, daß ich damals in Verhandlungen getreten bin, die zum Frieden führten. Der Friedensschluß ist vor den Sozialdemokraten so loyal gehalten worden, daß ich kein Verboten tragen würde, in ähnlichem Falle noch einmal ein ähnliches Abkommen mit dem Kollegen Singer zu treffen. (Sehr richtig! Unkl.) Der Streit ist ein berechtigtes Kampfmittel der Arbeiter. Prinzipiell wird das ja auch anerkannt, in der Praxis aber soll es nicht gelten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren (zu den Sozialdemokraten), Sie rufen uns häufig ein Sehr richtig zu. Dieses Sehr richtig wird mich bei vielen im Lande breit in ein schönes Licht sehen; man glaubt noch vielfach, daß alles, was die Sozialdemokratie für richtig hält, deshalb schon falsch sein muß. (Heiterkeit.)

Übergehend zu den englischen Verhältnissen, die Stumm als „abstrebendes Beispiel“ erwähnt hat, bemerkte Rosdorff:

In England ist die Zahl der Streiks etwas gesunken, aber die Zahl der Streitende hat ebenso abgenommen, wie die Zahl der verloren gegangenen Arbeitstage. Auch die Eingang zwischen Arbeitern und Arbeitgebern verhindert die Arbeitersolidarität nicht. Also die englischen Zustände sind garnicht soibel. Bei den Streiks sind nicht nur Lohnherabsetzungen, der Aufschluß, sondern auch Arbeitseinschränkungen und viele andere Dinge. Sie werden sich nicht aus der Welt schaffen lassen, ob nun die Berufsvereine Rechtsfähigkeiten haben oder nicht. In England, wo die großen Streiks häufiger haben, sind Ausschreitungen gänzlich unbekannt. Herr v. Stumm sagt, in England habe man eingesehen, daß die Gelehrte geboten werden muß, da es so nicht weiter gehen kann. Was den Protokollen über den Friedensschluß beim Moskauerarbeiterstreit habe ich genau die entgegengesetzte Überzeugung gewonnen. (Rechtsiges! Unkl.) Die Rechte der Berufsvereine sind in England so fest eingebürgert, daß die Arbeitgeber nicht baran denken können, eine Änderung der Gesetzgebung anzubringen. Die Arbeiter denken vollständig daran, ihre Rechte aus der Hand zu geben. Freiherr v. Stumm sagt, England sei infolge der Gewerkschaften nicht mehr konkurrenzfähig wie Deutschland. Auch bei uns sind die Röhne gefügt und die Arbeitszeit ist verkürzt worden. Zweitens ist unser Export gestiegen. Dieses Steigen hängt eben nicht mit den Röhnen, sondern mit der guten deutschen Produktion zusammen. Wenn man in England willst die Schulden den hohen englischen Röhnen und der kurzen Arbeitszeit zumindest so werden das nur eingeschränkt unterstützen können. In England haben gerade die Gewerke, die am wenigsten mit Export zu thun haben, die meisten Streiks zu verzeichnen.“

Dann überbrachte Herr Rosdorff die Auffassung Stumms, daß alle Gewerkschaften „sozialdemokratisch“ seien; die Hochdünster seien direkte Gegner der Sozialdemokratie.

Auch auf die Solidarität der Arbeiter kam der Redner zu sprechen, er meinte, die Behauptung, daß die Interessen aller Arbeiter dieselben sind, sei ein „sozialdemokratisches Märchen“. Diese Behauptung zeugt von einer Sagenhaftigkeit, zumal Herr Rosdorff ihr folgende hinzufügte:

„Die gelehrten Arbeiter halten sich für etwas Besonders als die ungelehrten und daraus ergibt sich, daß eine Solidarität nur von Fall zu Fall zwischen ihnen möglich ist. Einig sind alle Arbeiter nur gegen solche Arbeitgeber, die von vornherein auf dem Standpunkt stehen, daß den Arbeitern nicht das Recht zusteht, eine bessere Lebenshaltung anzustreben. Arbeitgeber, die schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben, machen mit Vorwürfe, daß ich ihre Interessen nicht genug berücksichtige.“

